

Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2003 in zweiter Lesung erfolgt morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Ich mache darauf aufmerksam, dass zwischen 12:30 Uhr und 14:00 Uhr keine Abstimmung stattfindet.

Nach der Beratung des Einzelplans 13 werden, wie im Ältestenrat vereinbart, die Haushaltsberatungen heute unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Ich rufe **Nummer 1** auf:

Einzelplan 08: Wirtschaft, Mittelstand, Energie und Verkehr

mit den Teilbereichen "Wirtschaft und Mittelstand" sowie "Verkehr und Energie".

Ich weise hin auf die **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3308** und auf den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/3345**; Stichwort: Streichung der Verpflichtungsermächtigung.

Ich eröffne die Beratung für den Teilbereich:

a) Wirtschaft und Mittelstand

Ich erteile zunächst das Wort dem Sprecher der CDU-Fraktion, Herrn Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Politik ist kein Selbstzweck. Politik muss sich an ihrem Beitrag zur Verbesserung von Lebensbedingungen messen lassen.

(Zuruf von der SPD: Das ist richtig!)

Ziele der Wirtschaftspolitik in unserem Lande sind insbesondere Vollbeschäftigung und angemessenes Wachstum. Gemessen an diesen Vorgaben hat die Landesregierung während ihrer gesamten Amtszeit kläglich versagt.

(Beifall von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Wir haben 820.000 Arbeitslose - über 300.000 mehr, als noch vor der Wahl versprochen.

(Zuruf von der SPD: Untersuchungsausschuss!)

Unter ihnen sind viel zu viele junge Menschen. Wir liegen nicht - wie vor der Wahl versprochen - an der Spitze der Wachstumstabelle. Wir fallen immer weiter hinter unsere föderale Konkurrenz zurück. Wir tragen in Deutschland die rote Laterne.

Wir haben überhaupt kein Wachstum. Die Wirtschaft unseres Landes schrumpft. Das Bruttoinlandsprodukt geht alleine in diesem Jahr um 1 % oder 5 Milliarden € zurück. Das entspricht einem Steuerausfall von mehr als 1,3 Milliarden €. Zu so viel Tüchtigkeit, meine Damen und Herren, kann man nur noch kondolieren.

Wenn wir innerhalb von fünf Jahren jetzt den fünften Wirtschaftsminister serviert bekommen, weil der Kapitän in schwerer See als erster über Bord springt, dann darf sich niemand wundern, wenn die Wirtschaftspolitik in unserem Land versagt.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch reine Polemik!)

Wie kann man mit einem Schlüsselressort nur so fahrlässig umgehen?

(Zuruf von der SPD: Hören Sie bloß auf! Das ist eine Zumutung!)

Fahrlässig ist meiner Meinung nach auch die Neubesetzung des Kabinetts. Selbst beim besten Willen vermag ich mir Herrn Kluncker oder Herrn Zwickel nicht an der Spitze eines Unternehmens oder auf dem Stuhl eines Wirtschaftsministers vorzustellen. Wer sich zeitlebens für organisierte Arbeitnehmerinteressen eingesetzt hat, der denkt ordnungspolitisch nicht in Wettbewerbs-, sondern in Kartellkategorien.

(Lachen bei der SPD)

Er wird ein Unternehmen oder ein Ministerium nie aus der Sicht des Marktes, sondern immer aus der Sicht vermeintlicher Arbeitnehmerinteressen führen.

(Beifall bei der CDU)

Wer Kernbereiche der Technologieförderung aus dem Wirtschaftsministerium herauslöst und in einem Qualifikationsministerium unterbringt, wer Hufschmiede qualifiziert, obwohl es keine Pferde gibt, der meint es gut, doch er macht es schlecht.

(Beifall bei der CDU - Ministerin Bärbel Höhn: Pferde gibt es aber!)

Wer ein so genanntes Tariftreuegesetz auf der Dringlichkeitskala vor ein Gesetz zur Stärkung und Entwicklung des Mittelstandes schiebt, der bestätigt diese Einschätzung.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Herr Weisbrich, Sie sollten absteigen!)

Herr Minister Schartau, guten Willen nehme ich Ihnen persönlich ab. Ihre Kompetenz für Wirtschaft müssen Sie aber erst noch beweisen. Für unser Land und für die Mitarbeiter Ihres Hauses

wünsche ich mir, dass Ihnen das schnellstens gelingt. Der vorgelegte Wirtschaftshaushalt gibt aber wenig Anlass zu solcher Hoffnung.

(Helmut Stahl [CDU]: Sehr richtig!)

Jeder weiß, dass die Finanz- und Beschäftigungsprobleme unseres Landes eine zentrale Ursache haben - chronische Wachstumsschwäche, ausgelöst durch verschleppten Strukturwandel. Wer dieses Land wieder nach vorne bringen will, muss Ballast abwerfen, den Wandel beschleunigen und den Wirtschaftsmotor anwerfen. Das schaffen Sie nicht, wenn Sie weiter einen ganzen Karren voll überlebter Großstrukturen hinter sich herziehen, den Vergaser aber ausbauen und das Geld für Benzin sparen wollen.

Lineare oder gar überproportionale Einsparungen im Wirtschaftshaushalt sind so ungefähr das Dummste, was man in der Situation unseres Landes machen kann. Um 30 % wird das Technologieförderprogramm gekürzt. Das Beratungsprogramm für den Mittelstand schrumpft ebenfalls um 30 %. Das Kreditvolumen für kleinere und mittlere Unternehmen wird um ein sattes Drittel gekürzt. Und die Meistergründungsprämie - das erfolgreichste und kostengünstigste Beschäftigungsprogramm aller Zeiten - schrumpft um mehr als die Hälfte.

Verpflichtungsermächtigungen hin, Verpflichtungsermächtigungen her - das sind verheerende Signale. Können Sie mir, verehrter Herr Wirtschafts- und Arbeitsminister, verraten, wie Sie damit Ihre angekündigte Kultur der Selbstständigkeit schaffen und Mittelständler motivieren wollen? Ersatzweise runde Tische und gleißend ausgeleuchtete Branchengipfel, von denen ich gelesen habe, sind wohl kaum das, was sich der von Bürokratie geplagte und von Steuererhöhungen bedrohte Selbstständige erträumt. Wenn Sie statt realer Taten die Eventpraxis, die Licht-aus-Spot-an-Taktik Ihrer Vorgänger übernehmen wollen, dann werden Sie auch deren messbaren Misserfolg teilen.

Was ist das eigentlich für eine verquere Logik im Sprechzettel Ihres Hauses zur Haushaltsvorstellung? Wenn Strukturförderungsprogramme der EU auslaufen, dann brauchen wir auch weniger Landesmittel. So habe ich es da gelesen. Das klingt gerade so, als ob unser Problem in der Vergangenheit das Verbraten von EU-Geldern gewesen wäre und nicht die Bewältigung des Strukturwandels. HDO lässt grüßen, meine Damen und Herren.

Im Vergleich zum Vorjahr wurde das Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbeson-

dere des Mittelstands - um 16,5 % gekürzt. Das Kapitel 08 031, das die NRW-EU-Gemeinschaftsprogramme enthält, wurde um 27,8 % gekürzt. Im Kapitel 08 040 - Technologie- und Innovationsprogramm NRW - stehen 27,6 % weniger zur Verfügung. Lediglich das Kapitel 08 050 - Bergbau und Energie - weist wegen einer anderen Gruppierung eine moderate Kürzungsrate von 2,6 % auf.

Besonders ärgert es mich, dass das Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes -, das uns ja besonders am Herzen liegen sollte, seit 1997 ununterbrochen als Steinbruch für die Finanzierung anderer Landesaufgaben missbraucht wird. Hier standen 1997 noch 720 Millionen DM oder 367 Millionen € zur Verfügung. Heute sind es gerade noch 162 Millionen €, weit weniger als die Hälfte.

Als ärgerlich empfinde ich es auch, dass sich die Landesregierung nach Kräften bemüht, durch Unsummen - wirklich Unsummen - an globalen Minderausgaben das Budgetrecht des Parlaments auszuhebeln und im Beratungsgang durch unzumutbar späte Sitzungsvorlagen zu behindern. Es macht keinen Spaß, wenn man eine dicke Vorlage direkt zwei Minuten vor der Sitzung bekommt und vorher nicht lesen konnte.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb meine ich, dass unser Wirtschaftshaushalt im Endeffekt das Papier nicht wert ist, auf dem er gedruckt ist.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: So ist es!)

Einzelkritik von Haushaltspositionen verstellt deshalb nur den Blick auf das Wesentliche. Mein Gesamturteil über die rot-grüne Wirtschaftspolitik lautet: Sie können es nicht. Sie kapierten es nicht. Und Sie lernen es nicht.

Ein starker Staat braucht motivierte und leistungsbereite Bürger. Er braucht innovative und investitionsfreudige Unternehmen. Doch Sie haben den Menschen Motivation, Leistungsbereitschaft und Investitionsfreude auch durch Ihr Versagen im Bundesrat, wo Sie anders handeln, als Sie hier reden, gründlich ausgetrieben.

Deshalb bleiben die Investitionen aus. Deshalb schrumpft die Wirtschaft. Deshalb schwillt die Arbeitslosigkeit an wie eine Sturzflut. Deshalb brechen die Steuereinnahmen weg.

Wenn Sie schon kein Geld mehr haben, hätten Sie über den Bundesrat wenigstens helfen können, den Arbeitsmarkt zu deregulieren, wie es der

Sachverständigenrat, die Benchmarking-Gruppe im Bündnis für Arbeit und die OECD fordern.

Stattdessen haben Sie Ihre Hand gereicht zur Schaffung von bürokratischen Monstergesetzen, die Unternehmen das letzte Quentchen Freiheit und Flexibilität rauben. Statt Kaufkraft durch Steuersenkungen zu schaffen, wollen Sie Kaufkraft abschöpfen. Ist die Sicherheit gefährdet, heißt es im Regierungslager: Steuern rauf! Ist die Rente gefährdet, heißt es: Steuern rauf! Sind Vermögensschäden eingetreten wie bei der Flutkatastrophe, heißt es: Steuern rauf! Hat Ihre Bildungspolitik versagt - konkret hier in Nordrhein-Westfalen -, heißt es: Steuern rauf! Sie erhöhen die Ökosteuern. Sie machen bei der Erhöhung zumindest mit. Sie machen mit bei der Erhöhung von Tabak- und Versicherungssteuer. Sie streichen dem Mittelstand gesetzlich zugesagte Steuersenkungen. Sie erhöhen die Gewerbesteuer durch Anhebung der fiktiven Hebesätze. Auf die gleiche Weise treiben Sie die Grundsteuern hoch. Und dann wundern Sie sich, wenn Bürger in den Kaufstreik treten und Unternehmen Investitionen verweigern.

Die Elendsfolgen Ihrer Wirtschaftspolitik sind mit Händen zu greifen. Handwerk, Bauwirtschaft, Maschinenbau, Einzelhandel, Banken und selbst Medienwirtschaft - sie alle trennen sich leider massenhaft von Mitarbeitern. In der Landeskasse fehlt am Ende das Geld, um all die Versprechungen einzulösen, die Sie den Menschen in unserem Land gemacht haben. So, meine Damen und Herren, sollte man Wirtschaftspolitik nicht betreiben. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. - Für die SPD spricht jetzt Herr Bischoff.

Werner Bischoff (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalt 2003 ist davon geprägt, dass wir uns bei den anhaltend hinter den Erwartungen zurückliegenden Steuereinnahmen damit auseinander setzen müssen, dass deutliche Einschnitte im Haushalt unvermeidbar sind. Wer dies leugnet oder wer nach draußen hin den Eindruck erweckt, die Lage sei anders, täuscht die Menschen in diesem Land.

Diese notwendigen Einschnitte haben natürlich auch die freiwilligen Förderprogramme des Landes getroffen. Sie haben auch den Wirtschaftshaushalt getroffen. Insofern möchte ich hier feststellen, dass wir natürlich dann, wenn wir aufgrund der Gesamthaushaltssituation andere Mög-

lichkeiten gesehen hätten, sicherlich auch konkrete Anträge gestellt und die eine oder andere Position, die im Haushaltsplan enthalten ist, auch weiter ausgebaut hätten.

Es geht aber nicht darum, dass wir hier in der Vorweihnachtszeit einen Wunschzettel aufstellen. Wir müssen uns an der Realität orientieren. Diese Realität bedeutet, dass wir sparen müssen.

Die Koalitionsfraktionen haben aufgrund der haushaltspolitischen Rahmenbedingungen keine Änderungsanträge zum Wirtschaftshaushalt gestellt. Für 2003 stellen wir für die Förderung der Wirtschaft einschließlich der europäischen Mittel insgesamt 276 Millionen € zur Verfügung. Das sind 28,5 % weniger als für das laufende Haushaltsjahr 2002.

Darüber hinaus müssen wir aufgrund der stark gesunkenen Steuereinnahmen eine weitere Minderausgabe in Höhe von rund 50 Millionen € im Haushaltsplan 08 verarbeiten. Dies hat sowohl für den Wirtschafts- als auch für den Verkehrshaushalt Folgen.

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt die Schwerpunkte, auf die sich die Landesregierung konzentriert hat; im vorliegenden Haushaltsentwurf sind die richtigen Akzente gesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesen Akzenten, meine Damen und Herren, leisten wir unseren Beitrag dazu, damit in diesem Lande neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit ihnen wollen wir auch einen Beitrag dazu leisten, dass sich der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen in sozialer Verantwortung vollzieht.

Dies tun wir vor dem Hintergrund negativer Entwicklungen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Wir wissen, dass wir in Nordrhein-Westfalen einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 1 % haben. Hierzu ist festzustellen, dass wir in Nordrhein-Westfalen auch darunter leiden, dass wir es mit einer Schwächung der Weltkonjunktur zu tun haben. Dies spüren insbesondere die in unserem Lande angesiedelten export- und konjunkturabhängigen Wirtschaftsbereiche. Daran ändert auch nichts die positive Entwicklung auf dem Dienstleistungssektor, da dadurch die Verluste nur geringfügig kompensiert werden konnten. Insofern ist es sehr wichtig, dass wir die Aufwärtsentwicklung, die die Wirtschaftsinstitute für das nächste Jahr prognostizieren, in diesem Lande positiv begleiten.

Demgegenüber tut die Opposition in diesem Lande alles, um alles schlechtzureden. Da Wirtschaftspolitik nur zu einem Teil aus harten Fakten,

zu einem gehörigen Teil aber aus Psychologie besteht, sollten wir endlich mit dem Suchen nach negativen Schlagzeilen aufhören und nach vorn schauen. Sonst zitiert Herr Weisbrich immer aus Zeitungen. Heute möchte ich es einmal umkehren und den "Express" zitieren. Dort heißt es:

"Hört endlich auf zu jammern. Wirtschaftsbo-
se und Forscher fordern mehr Optimismus."

(Beifall bei der SPD)

Ich lese noch eine weitere Zeile vor, die sicherlich insbesondere an die CDU gerichtet ist. Herr Gottschalck, der Präsident des Automobilindustrieverbandes, hat gesagt:

"Wenn die Deutschen Licht am Ende des Tun-
nels sehen, neigen sie oft dazu, den Tunnel
erst noch einmal aus Sicherheitsgründen zu
verlängern."

Das ist auch die Perspektive, aus der Sie dieses Land sehen. Wir sollten alle diesen Sumpf aus Miesmacherei verlassen und konstruktive Ideen und kreative Ansätze nicht völlig untergehen lassen. Ich bin einig mit dem, was der Zukunftsforscher Max Hork gesagt hat. Dieser Zukunftsinitiative haben sich schon rund 1.000 Menschen angeschlossen. Ich bin gern bereit, Ihnen die Internet-Adresse zur Verfügung zu stellen. Vielleicht können Sie sich dem anschließen.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Meine Damen und Herren, ich unterstreiche, dass Wirtschaftsförderung ein Instrument ist, mit dem vor allem Mittelstandsförderung betrieben werden muss. In diesem Zusammenhang können wir mit Genugtuung darauf hinweisen, dass in diesem Haushalt auch die Meistergründungsprämie enthalten ist. Dafür stehen aus den Ziel-2-Mitteln insgesamt 4,1 Millionen € als Kassenmittel und 6,6 Millionen € als Verpflichtungsermächtigung zur Verfügung. Mit diesen Mitteln können wir im Jahre 2003 alle Anträge auf Gewährung der Meistergründungsprämie bewilligen.

Für die Forderung von Gründungen mittelständischer Unternehmen stellen wir 6,5 Millionen € zur Verfügung. Damit beschreiten wir weiterhin den überaus erfolgreichen Weg im Bereich des Gründungsgeschehens in Nordrhein-Westfalen. Mit weiteren 6 Millionen € werden Investitionen in kleineren und mittleren Unternehmen gefördert. Dabei geht es insbesondere darum, dass zinsverbilligte Kredite und Nachrangdarlehen zur Eigenkapitalstärkung gewährt werden.

Dieses macht deutlich, dass wir die wirtschaftliche Entwicklung und vor allem die Entwicklung des

Mittelstandes in diesem Lande nach vorne bringen wollen und müssen. Positiv herauszuheben ist, dass wir für die tourismus- und kulturpolitische Entwicklung in diesem Lande Projekte in Höhe von 3,2 Millionen € weiterhin unterstützen können. An diesen Zahlen wird deutlich, dass wir mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten unseren Beitrag dazu leisten, um im Lande Nordrhein-Westfalen zu einer Konsolidierung unserer wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu kommen.

Deswegen sage ich in aller Deutlichkeit: Der Wirtschaftshaushalt ist von Vernunft und Realitätssinn geprägt. Diese Eigenschaften sollten sich insbesondere die Damen und Herren der Opposition zu Eigen machen. Leider haben wir in den vorhergehenden Ausschussberatungen davon nichts erfahren.

Lassen Sie mich nun noch einen weiteren Bereich ansprechen, auch wenn wir darüber erst in einem anderen Einzelplan beraten werden. Ich meine damit den Bergbau. Wir werden im Vergleich zum Haushalt 2002 im Jahre 2003 ein Absinken der Kohlebeihilfen um 46 Millionen € haben. Dies kommt dadurch zustande, dass im Einvernehmen mit der RAG und der IGBCE angesichts der Haushaltssituation des Bundes und des Landes die NRW-Kohlebeihilfen nicht Ende 2003 gezahlt, sondern ins Jahr 2004 verlagert werden. Die Kohlebeihilfen, auf die es einen Rechtsanspruch gibt, werden somit nicht gekürzt, sondern lediglich gestreckt.

In den weiteren Beratungen werden wir die zu erwartenden Anträge der FDP-Fraktion auf Streichung dieser Mittel ablehnen. Wir stehen für Verlässlichkeit und Vertragstreue gegenüber den Bergleuten. Deshalb gibt es für uns auch kein Rütteln an dem Kohlekompromiss von 1997.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen zu einem leistungs- und lebensfähigen Bergbau. Was zu diesem Thema zu sagen sein wird, insbesondere zu den aktuellen Diskussionen, werden wir am Freitagmorgen in aller Breite diskutieren.

Dabei will ich es an dieser Stelle bewenden lassen.

Uns geht es darum, dass wir mit diesem energiepolitischen Teil deutlich machen wollen, dass es nicht um Populismus in Reinform geht, wie dies hier in letzter Zeit insbesondere von der FDP betrieben wurde, sondern dass es hier um die Energiesicherheit unseres Landes geht.

Vor diesem Hintergrund fasse ich zusammen, dass wir dem Einzelplan 08 unsere Zustimmung

erteilen werden und wir damit die weiteren Beratungen in diesem Hause aufnehmen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Bischoff. - Für die FDP spricht jetzt Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns sehr, dass der Ministerpräsident persönlich heute Morgen an dieser Debatte über den Wirtschaftshaushalt und auch über den wirtschaftlichen Zustand unseres Landes teilnimmt,

(Brigitte Speth [SPD]: Das sei ihm auch gegönnt!)

der Ministerpräsident, der es schon in den ersten Wochen seiner Amtszeit mit der von ihm angezettelten Debatte über die Wiederbelebung der Vermögensteuer geschafft hat, so unendlich viel Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zu zerstören.

(Zurufe von der SPD)

- Das ist leider wahr. Viele Betriebe hatten - das weiß ich auch aus persönlichen Gesprächen - Hoffnung in den Modernisierungswillen des neuen Ministerpräsidenten gesetzt. Das, was sie erleben, ist ein Ministerpräsident, der sich als erste Amtshandlung die Ballonmütze aufsetzt, die rote Fahne in die Hand nimmt und

(Zuruf von der SPD: So'n Quatsch!)

mit Juso-Parolen durch das Land marschiert. Das war ein verheerendes Signal, das Sie an den Mittelstand gegeben haben, Herr Ministerpräsident.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt sind Sie in der schwierigen Situation, dass Ihnen nicht nur die Ökonomen - Herr Prof. von Weizsäcker hat Ihnen ausführlich geschrieben, hat Sie darauf aufmerksam gemacht, was Sie damit anrichten - davon abraten, sondern Ihr eigener Bundeskanzler, der sehr schön dargelegt hat, welche verheerende Auswirkung das auf die Substanz unserer mittelständischen Betriebe auch in Nordrhein-Westfalen hätte. Wir sind sehr gespannt, wie Sie aus dieser Diskussion wieder herauskommen. Sie sind bei der Vermögensteuer als Tiger gesprungen. Jetzt hat Sie Ihr Kanzler ins Visier genommen, und jetzt landen Sie gerade als Bettvorleger.

Herr Ministerpräsident, nur die Botschaft ist: Nordrhein-Westfalen ist wieder einmal als Steuererhöhungsland in dieser Debatte sichtbar geworden, als Steuererhöhungsland -

(Beifall bei der FDP)

und das ist so verheerend! Diese Konsequenzen können Sie durch noch so viele Bürgschaften, die Sie in den Wirtschaftshaushalt 2003 des Landes einstellen, gar nicht reparieren. Wir möchten einmal erleben, dass diese Landesregierung als Reformmotor sichtbar wird und nicht als Bremsklotz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von FDP und CDU)

Herr Schartau, jetzt an Ihre Adresse: Anlässlich der erneuten Debatte über die Ladenöffnungszeiten haben Sie vorgeschlagen, am Samstag die Zeit von 16.00 Uhr auf 18.00 Uhr auszudehnen. Heute beschließt das Kabinett die Ausweitung auf 20.00 Uhr. Wenn das das Reformtempo ist, das Sie vorgeben wollen - bei allem Respekt -, dann gute Nacht Nordrhein-Westfalen!

Das Ladenschlussgesetz gehört abgeschafft. Das ist die Realität. Das ist das, was der Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen möchte.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen diese Regelungen nicht mehr. Das wäre einmal ein schöner Akzent gewesen. Schade, aber vielleicht wird es in Zukunft ja noch anders aussehen.

(Zuruf von Ernst-Martin Walsken [SPD])

Die Lage in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, ist schlimm genug: Minus-Wachstum beim Bruttoinlandsprodukt von 1 %. Wenn man die aktuellen Prognosen der Institute und des Sachverständigenrates sieht, so wird es auch im ersten Halbjahr 2003 nicht besser werden.

Meine Damen und Herren, wir hatten im dritten Quartal dieses Jahres bei den Unternehmensinsolvenzen in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen Zuwachs von 58 %. Das heißt, dass wir bis Ende diesen Jahres 10.000 mittelständische Betriebe in Nordrhein-Westfalen in der Zahlungsunfähigkeit haben: 10.000 mittelständische Betriebe!

Herr Kollege Bischoff, sagen Sie diesen Betrieben, diesen Unternehmern das, was Sie gerade vorgetragen haben: Hört endlich auf zu jammern! Das sollten Sie den 10.000 mittelständischen Betrieben sagen, den über 100.000 Beschäftigten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im nord-

rhein-westfälischen Mittelstand, die vor den Trümmern ihrer beruflichen Existenz stehen! Sagen Sie denen einfach nonchalant: Hört doch auf zu jammern! Wenn das Ihre Botschaft ist, wie es endlich wieder am Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen nach vorne gehen soll, dann tun Sie mir nur noch Leid!

(Beifall bei der FDP)

Was macht diese Landesregierung gegen die Wirtschafts- und Beschäftigungskatastrophe in Nordrhein-Westfalen, Herr Ministerpräsident, Herr Wirtschaftsminister? Darum geht es. Da erwarten wir von Ihnen Antworten.

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft steckt in einer tiefen Rezession, in die sie nicht, Herr Kollege Bischoff, durch "böse" weltwirtschaftliche Kräfte hineingeraten ist, sondern durch hausgemachte Fehler, durch eine vor allem verfehlte Strukturpolitik hier in Nordrhein-Westfalen, die lieber auf Dinosaurier-Industrien von vorgestern als auf eine entschlossene Modernisierung unseres Landes setzt. Das kann man nirgendwo so klar ablesen wie hier im Wirtschaftshaushalt.

Wir begrüßen es sehr, Herr Minister Schartau, dass die Landesregierung unserer parlamentarischen Initiative aus dem vergangenen Jahr gefolgt ist, die Ressorts für Wirtschaft und Arbeit zusammenzulegen. Das haben wir als Antrag hier in die Diskussion eingebracht. Wir stehen auch hinter dieser Zusammenlegung, allerdings mit der Perspektive, dass daraus ein echtes Mittelstandsministerium werden muss,

(Beifall bei der FDP)

das auch Impulse zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen setzt. Darauf wird es ankommen, wenn man beide Häuser zu einem echten Mittelstandsministerium zusammenführen will.

Herr Schartau, das was Sie übernommen haben, war kein Mittelstandsministerium; das war im Grunde genommen nicht einmal mehr ein Wirtschaftsministerium. Es war nur noch ein Ministerium für Steinkohle und Dauersubventionen, nichts anderes.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Karl-Heinz Rusche [SPD])

- Schauen Sie sich doch den Haushalt einmal an, Herr Kollege! Im Wirtschaftshaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen wird der Anteil der Steinkohlebeihilfen erstmals auf über 50 % ausgedehnt: 50,3 % des Wirtschaftshaushaltes gehen allein in die Steinkohlebeihilfen. Da ist die Bezeichnung Ministerium für Steinkohle und Dauersubventio-

nen doch aufgrund der harten Fakten gerechtfertigt, Herr Kollege Rusche. Das lässt sich doch nicht beiseite wischen.

Das Bemerkenswerte ist, vor allem mit Blick auf die Sparappelle, die Herr Bischoff hier zum Besten gegeben hat, dass an diese Positionen nicht herangegangen wird. Seit Jahren wird vor allem bei der Mittelstandsförderung gespart. Die beiden Etatpositionen für die Mittelstandsförderung werden um 17 % bzw. 28 % im Haushalt 2003 zurückgefahren. Im letzten Jahr waren es bereits 16 % bzw. 15 %. Wenn das so weiter geht, wird Mittelstandsförderung im Landeshaushalt bald zu einer statistischen Restgröße verkommen sein, Herr Ministerpräsident. Das sind die Fakten. Dann bleibt davon gar nichts mehr übrig.

Aber Herr Bischoff wird weiterhin glücklich und zufrieden sein, wenn die Steinkohlebeihilfen, in Stein gemeißelt, in dieser Größenordnung im Landeshaushalt verankert sind. Das ist das Unaufrichtige an Ihren Sparappellen, Herr Kollege Bischoff.

Sagen Sie den Leuten doch klipp und klar: An die Steinkohlebeihilfen gehen wir nicht heran; sie werden auf immer und ewig festgeschrieben. Sie dagegen stellen die Mittelstandsförderung zur Disposition und fahren sie in jedem Jahr weiter herunter. Das ist Ihre Mittelstandsförderung, das ist letztlich Ihre Mittelstandspolitik. Das sind die klaren Schwerpunkte Ihrer Politik.

Meine Damen und Herren, mit diesem Wirtschaftshaushalt werden Zukunftschancen vertan, weil das Verhältnis von Steinkohlesubvention und Mittelstandsförderung natürlich nichts anderes als das Verhältnis von Vergangenheit und Zukunft beschreibt. Das ist die klare Botschaft.

(Zuruf von der SPD: Mein Gott!)

Die Tatsache, dass für die Mittelstandsförderung dabei nichts übrig bleibt, führt dazu, dass mit Tricks gearbeitet wird, die Sie, Herr Kollege Bischoff, noch als Positivum darstellen. Sie haben die Chuzpe, sich auch hier im Plenum noch einmal dafür zu feiern, dass die Meistergründungsprämie erhalten bleibt. Das ist angesichts dessen, was tatsächlich im Haushalt angelegt ist, doch schon sehr bemerkenswert. Der Amtsvorgänger von Herrn Minister Schartau hatte auch schon versucht, auf diese Art und Weise das Handwerk für dumm zu verkaufen. Betrachten wir die Zahlen einmal genau:

Im Haushalt 2002 war für die Mittelstandsförderung ein Betrag von 9,1 Millionen € vorgesehen. Diesen Betrag fahren Sie mit dem Haushalt für

das Jahr 2003 auf 4,1 Millionen € herunter. Sie stellen auf die Verpflichtungsermächtigung für 2004 ab. Das heißt aber, dass diese Förderzusagen auch erst in 2004 fließen, und zwar zulasten des Haushalts 2004. Kein einziger Cent davon kann in 2003 an den Mittelstand, an Jungmeisterinnen und Jungmeister ausgezahlt werden. Im Haushalt für das Jahr 2003 haben Sie diesen Ansatz von 9 Millionen € auf 4,1 Millionen € reduziert.

Außerdem muss man wissen, dass es aus dem Jahre 2002 noch einen Überhang von 1,7 Millionen € gibt, dass also tatsächlich nur 2,4 Millionen € übrig bleiben. Zieht man all Ihre Buchungstricks ab, so ist das die eigentliche Botschaft: Statt 9,15 Millionen € für die Mittelstandsförderung in diesem Bereich - das ist das erfolgreichste Mittelstandsförderprogramm, das das Land jemals gehabt hat - bleiben unter dem Strich 2,4 Millionen €. Das ist eine Kürzung um knapp 75 %. Das zeigt die Realität dessen, Herr Kollege Bischoff, was Sie hier als Mittelstandspolitik verkaufen wollen. Sie versuchen wieder einmal, das Handwerk für dumm zu verkaufen; das wird aber nicht gelingen. Ich bin mir sicher, dass der Mittelstand sehr genau nachvollziehen kann, dass hier Taschenspielertricks eine wirklich seriöse und wirksame Mittelstandspolitik ersetzen sollen, eine Mittelstandspolitik, die nach unserer Überzeugung nicht allein auf die Förderinstrumente setzen sollte, sondern vor allem auf die Rahmenbedingungen, auf eine Angebotspolitik, die die Wachstums- und Investitionsbedingungen gerade auch in Nordrhein-Westfalen verbessert. - Herr Minister Schartau, hier stehen Sie in der Pflicht.

Wir freuen uns auf hoffentlich konstruktive Debatten mit Ihnen; allerdings erlaubt die Situation der Betriebe hier in Nordrhein-Westfalen keinen weiteren Aufschub. Auch gegen die Widerstände der Gewerkschaften - das werden Sie erleben -, müssen wir jetzt wirklich die Konzepte diskutieren, die nötig sind, um unser Land voranzubringen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Papke. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Sagel.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Trotz mehr als schwieriger Rahmenbedingungen bleibt die grundsätzliche Ausrichtung der NRW-Wirtschaftspolitik erhalten. Mit ihr werden wir weiterhin den kooperativen Ansatz zwischen ökonomischer und

ökologischer Erneuerung des Landes verfolgen. Den Weg ökologischer Erneuerung, dessen Ziele ökonomischer Profit und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sind, werden wir konsequent weitergehen. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen bleibt die hohe Qualität der NRW-Wirtschaftspolitik erhalten. Wir bleiben auf Kurs und halten an unserer Politik der Vorfahrt für den Mittelstand und einer neuen Gründungskultur fest. Wir sorgen auch in schwierigen Zeiten für einen wirtschaftlichen Aufbruch. Ich glaube, dass sich dies auch in dem Haushaltsentwurf für 2003 widerspiegelt.

Wenn vonseiten der Opposition und gerade der CDU von verheerenden Signalen und Ideenlosigkeit die Rede ist, dann kann ich nur sagen: Sehen Sie sich die Opposition in diesem Landtag hier an. Die Politik, die Sie, Herr Rüttgers, hier machen, entbehrt der Konzepte und konkreten Vorschläge.

(Zuruf von Regina van Dinther [CDU] - Beifall bei der FDP)

Sie bietet nichts als Plattitüden und das Schlechreden des Landes. Das ist keine Wirtschaftspolitik und vor allem nichts, was das Land nach vorne bringt.

(Weiterer Zuruf von Regina van Dinther [CDU])

- Ja, hören Sie genau zu. Das spiegelt sich auch in dem wider, was Sie bei den Haushaltsberatungen im Wirtschaftsausschuss abgeliefert haben. Von Ihrer Seite kam kein einziger Änderungsantrag. Das ist die Realität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben all das zu 100 % abgesegnet, was Rot-Grün Ihnen im Wirtschaftsausschuss vorgelegt und wir dort diskutiert haben. So sieht die Realität bei Ihnen aus. Hier in den Plenarsitzungen machen Sie die große Welle; konkrete Arbeit, Vorstellungen oder Ideen kommen von Ihrer Seite allerdings nicht. So sieht Ihre Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage muss natürlich auch der Einzelplan 08 einen erheblichen Konsolidierungsbeitrag leisten; das steht außer Frage. Das in diesem Jahr verfügbare Gesamtvolumen reduziert sich um 3,51 Milliarden € im Soll in 2002 auf 3,17 Milliarden € im Haushaltsentwurf 2003. Das ist ein Rückgang um 9,6 %. Noch deutlicher fällt die Reduzierung aus, wenn man allein den Bereich Wirt-

schaft betrachtet. Der verfügbare Betrag von ca. 1,1 Milliarden € im Soll 2002 geht auf ca. 900 Millionen € im Haushaltsentwurf 2003 zurück. Das ist ein Rückgang der Mittel um 18 %. Im Wesentlichen erklärt sich dieser Rückgang allerdings aus der zeitlichen Verlagerung von Kohlebeihilfen in Höhe von 60 Millionen € und aus dem Auslaufen alter EU-Programme und damit verbundener Umstrukturierung.

Ein Wort zur Kohlepolitik: Ich freue mich natürlich sehr darüber, dass die CDU mittlerweile auch bei dem Standpunkt angekommen ist, den die Grünen schon seit langem vertreten. Der Kohlekompromiss gilt bis 2005; das war in der gesamten zurückliegenden Zeit unsere Position. Ebenso vertreten wir die Position, aus dieser Förderung bis 2010 sozialverträglich auszusteigen. Dieser Auffassung hat sich die CDU jetzt sehr deutlich angenähert. Ich kann Sie nur beglückwünschen: Das ist vernünftig und realistisch.

Ich will aber auch nicht verhehlen, dass ich das, was die FDP hier immer wieder vorschlägt, als Frechheit und Kahlschlag empfinde. Sie haben vor ungefähr einem halben Jahr innerhalb von ein paar Monaten dreimal Ihre Position verändert. Das Letzte, was man dann von Ihnen hören konnte, war die Absicht eines völligen Kahlschlags, dass Sie die Kohlesubvention sofort streichen und die Leute direkt auf die Straße setzen wollten. Das ist keine sozialverträgliche Politik; damit richten Sie wirklich Chaos an.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Genau das liefert die FDP-Fraktion hier immer wieder ab.

Die Haushaltssituation ist natürlich schmerzlich. Das ist keine Frage. Wir haben leider das Problem, dass wir in den öffentlichen Haushalten wenig finanzielle Mittel haben. Das ist auch deshalb schmerzlich, weil u. a. die Mittelstandsförderung betroffen ist. Ich will bei diesem Bereich aber drei Punkte hervorheben:

Erster Punkt: Wir werden das Erfolgsmodell der Meistergründungsprämie in seiner Substanz uneingeschränkt erhalten. Hierfür stehen Barmittel in Höhe von 4,1 Millionen € zur Verfügung. Das ist weniger als im Jahre 2002 und auch weniger als das voraussichtliche Auftragsvolumen 2003. Diese Differenz wird aber zum einen in den Ziel-2-Regionen mit Ziel-2-Mitteln und zum anderen über eine Streckung der Auszahlung in das Jahr 2004 aufgefangen werden können. Dies ist mit dem Handwerk so abgesprochen. Weiterhin wird jeder begründete Antrag bedient werden können. Das

allein zählt. Letztendlich steht auch noch eine VE von 6,6 Millionen € zur Verfügung.

Zweiter Punkt: Auch das nicht minder erfolgreiche Beratungsprogramm Wirtschaft werden wir dezidiert fortführen. Hier werden wir 4,3 Millionen € speziell für Zuschüsse an private Unternehmen bereitstellen. Hinzu kommen Mittel der EU in den Ziel-2-Regionen. Wir werden dieses Programm nur stärker als bisher auf Beratungsleistungen für Existenzgründer und -gründerinnen und auf Beratungsleistungen für Unternehmen in der Startphase konzentrieren. Das ist ein wichtiger Punkt.

Über das Beratungsprogramm Wirtschaft konnten im Jahr 2001 2.216 Arbeitsplätze neu geschaffen und 9.217 Arbeitsplätze gesichert werden. Ich habe keinen Zweifel daran, dass wir in zwei Jahren ähnlich positive Zahlen in Verbindung mit dem Jahr 2003 vorliegen haben werden.

Hieran ändert auch die Bündelung dieses Programms mit der Gründungsoffensive GO und der Mittelstandsoffensive Move in einer gemeinsamen Titelgruppe nichts. Wir stehen nach wie vor für eine klare Mittelstandsförderung. Wir setzen dies auch in diesem Haushalt konkret um. Durch dieses gemeinsame haushalterische Dach können diese Mittel sogar noch flexibler und bedarfsge rechter eingesetzt werden.

Das Beratungsprogramm Wirtschaft ist und bleibt ein zentraler Baustein auf unserem Weg zu einer neuen Kultur der Selbstständigkeit insbesondere im Ruhrgebiet, wo wir natürlich nach wie vor Defizite haben. Das Ruhrgebiet ist insoweit tatsächlich unser Sorgenkind. Aber wir setzen auch hier weiter auf klare Initiativen.

Wir werden natürlich auch darauf drängen, dass dieses Programm fortgeführt wird, um die vorhandenen Potenziale noch besser abzurufen. Wir sehen dabei einen Schwerpunkt in der Förderung von Frauen. Außerdem wollen wir darauf sehen - das ist für uns ebenfalls ein Thema -, wie Migranten besser und stärker bei der Existenzgründung und bei der Wirtschaftsförderung unterstützt werden können.

Dritter Punkt: Wir setzen die wichtige Außenwirtschaftsinitiative NRW mit im Vergleich zum Soll 2002 unveränderter Mittelausstattung fort. Hierfür stehen weiterhin 1,25 Millionen € zur Verfügung. Es sind Mittel, mit denen wir im Sinne einer Türöffnerfunktion den Grundstein für den zukünftigen Erfolg unserer mittelständischen Unternehmen legen wollen. Mit diesen Mitteln wollen wir sicherstellen, dass unsere mittelständische Wirtschaft in NRW ein gutes Stück von den geschätzten 25 Millionen € Infrastrukturkuchen abbekommt.

Ich glaube, dass wir bei diesem Thema auf einem guten Weg sind.

Des Weiteren fördern wir die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften in den mittel- und südosteuropäischen Beitrittsländern und in den GUS-Staaten. Dies sind Mittel, mit denen wir zum einen unsere Unterstützungsbereitschaft dokumentieren und zum anderen wiederum die dortigen Startchancen unserer NRW-Unternehmen verbessern wollen. Auch dieser Titel wird nicht gekürzt, sondern überrollt.

Meine Damen und Herren, ich will aber auch nicht verhehlen, dass es schmerzliche Einschnitte gibt. Viele Kürzungen tun sehr weh. Ich denke z. B. an Kürzungen im Bereich der Risikokapitalförderung. So werden wir 2003 keine diesbezüglichen Neugründungen mehr fördern können. Außerdem denke ich daran, dass im Rahmen des TIP anders als geplant keine Mittel für einen Fonds zur Finanzierung von Stammkapitalbeteiligungen an innovativen Unternehmen in Wachstumsfeldern bereitgestellt werden konnten. Auch das ist sicherlich ein Wermutstropfen. Daran ändert auch die von grüner Seite seit langem geforderte Einrichtung eines revolvingen Fonds im TIP nichts.

Schmerzlich ist natürlich auch die im Einzelplan 08 zu erbringende globale Minderausgabe in Höhe von 54,17 Millionen €. Meine Fraktion erwartet, dass der Landtag sehr zügig über die Pläne des Ministeriums informiert wird, wo und wie diese erwirtschaftet werden soll. Das ist nämlich auch ein wichtiger Punkt, weil die Fraktionen wissen müssen, wohin die Reise geht und wo wir unsere Akzente und Schwerpunkte setzen.

Ich denke aber, insgesamt sind wir im Wirtschaftsbereich nach wie vor auf einem guten Weg. Ich glaube, die von Ministerpräsident Steinbrück angestellten Überlegungen, bezüglich der Eigenkapitalstärkung für junge Unternehmen und Existenzgründer die diesbezüglichen Aufgabenfelder in einer Bank zusammenzuführen, sind ein richtiger und vernünftiger Ansatz.

Ich glaube, dass wir bei der Wirtschaftsförderung auch mit diesem Einzelplan im Jahre 2003 deutlich vorankommen werden. Nordrhein-Westfalen ist mit Rot-Grün auf einem guten Weg. Bei der Opposition sehe ich das überhaupt nicht. Sie haben keine Vorschläge, Sie haben keine Ideen, Sie bringen das Land nicht voran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. - Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Schartau.

Harald Schartau, Minister für Wirtschaft und Arbeit: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen am Ende eines wirtschaftspolitisch schwierigen Jahres. Die positiven Frühjahrsprognosen verflüchtigten sich angesichts der schwierigen weltweiten Wirtschaftssituation. Im Sog der globalen Konjunkturschwäche verschlechterten sich auch die Wachstums- und Beschäftigungszahlen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen.

Allerdings sind die Konjunkturdaten nur ein Aspekt. Die Wirtschaftsgutachter haben wiederholt und zu Recht darauf hingewiesen, dass unsere nationalen Anstrengungen für den Aufbau Ost immer noch eine der Hauptursachen für die schwierige Lage der öffentlichen Haushalte sind. Das gilt es aber nicht zu beklagen. Es ist eine historische Aufgabe, die wir im Interesse der Einheit zu bewältigen haben und auf die wir stolz sein können.

Um Wachstum und Beschäftigung wieder nach vorn zu bringen, brauchen wir selbstverständlich Reformen. Diesen Reformen kann sich kein Bereich in der Politik, in der Wirtschaft und auch keine soziale Gruppe entziehen.

Einer der wichtigsten Punkte in der augenblicklichen Situation besteht darin, die Lage nicht schönzureden. Aber es ist auch ein großer Fehler, wenn irgendjemand sich im Tal der Tränen so wohl fühlt, dass er dort den Frei- und Fahrtenschwimmerschein machen will oder sich gar ein Grundstück mietet, um sich dort auf längere Zeit aufzuhalten. Das haben wir zumindest nicht vor.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es ist auch nicht gut, wenn in dieser Situation gegen notwendige Schritte nach vorn, die jetzt erforderlich sind, vonseiten der Opposition lediglich geklagt, gejammert und gemeckert wird. Es gibt nämlich historische Situationen, bei denen zu bestimmten politischen Punkten Verabredungen über die Parteigrenzen hinweg möglich sein müssen. In solchen Situationen profiliert sich eine Opposition nur vordergründig, wenn sie meint, in der Bevölkerung käme es auf Dauer an, nur möglichst laut herumzumeckern. Das wird auf Dauer keinen Erfolg bringen.

Herr Weisbrich, ich möchte Sie davor warnen, die Weltkonjunktur auszublenden und der Regierung vorzuwerfen, sie wolle sich auf diese Art und Weise entlasten. Wenn Sie meinen, Nordrhein-Westfalen könnte unabhängig von europäischen oder globalen Entwicklungen einen eigenen Konjunktur betreiben, dann laufen Sie der großen Ge-

fahr oder der großen Freude entgegen, irgendwann einmal der Keynes unter der Käseglocke zu werden.

(Helmut Stahl (CDU): Alles Käse!)

Herr Weisbrich, der amerikanische Ökonom Galbraith hat vor einiger Zeit richtig gesagt: Das Zeitalter der Ideologen geht zu Ende; das Zeitalter der Pragmatiker fängt an.

(Regina van Dinther (CDU): Hier leider nicht!)

Bei den Ideologen ist es immer ganz einfach, weil die immer eine Antwort haben; das merkt man ihnen an. Die Pragmatiker müssen sich überlegen, wie man auch in schlechten Situationen nach vorne kommt und wie man nicht dafür sorgt, dass dann, wenn die Sonne tief steht, Zwerge lange Schatten werfen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich möchte jetzt noch einige Wort zu den angesprochenen Themen sagen. Auch in einer schwierigen Haushaltssituation werden wir die Kernelemente unserer Wirtschaftspolitik intensiv nach vorne bringen. Das erste Kernelement ist die Branchenorientierung. Branchenorientierung heißt für uns: Wir wollen die Branchen, die in unserem Land groß geworden sind und die unverändert im globalen Wettbewerb ihre Positionen behaupten, zusammenführen, indem ihre Stärken zwischen den Akteuren der Branchen und der Politik besprochen werden und daran gearbeitet wird, sie nach vorne zu bringen. Branchenpolitik fing mit den Bergwerkszulieferern an, ging über zu den Automobilzulieferern, macht vor Textil- und Möbelindustrie nicht halt und wird insbesondere in den nächsten Wochen und Monaten über die chemische Industrie auch die anderen starken Branchen unseres Landes ins Auge fassen, um unter internationalen Gesichtspunkten ihre Stärken nach vorne zu bringen.

Diese Branchenpolitik hat nichts mit runden Tischen zu tun nach dem Motto: Wir treffen uns, trinken Kaffee und machen hinterher eine Pressekonferenz, - Sondern sie geschieht in Verantwortung für die Unternehmen, für die Unternehmer und für die Arbeitsplätze in den jeweiligen Branchen unseres Landes. Wir betreiben eine Technologiepolitik, die nicht im freien Raum schwimmt. Wir wollen vielmehr, dass internationale Entwicklungen im technologischen Bereich für die nordrhein-westfälischen Unternehmen zugänglich und umsetzbar werden. Deshalb sehen wir unseren Schwerpunkt auch darin, wesentliche Fortschritte in technologischen Bereichen für die nordrhein-

westfälischen Branchen und Betriebe zugänglich zu machen und bei ihrer Umsetzung zu helfen.

Wir haben es dringend nötig, die Internationalität der einzelnen Branchen auf den Prüfstand zu stellen, weil wir uns unter globalen Gesichtspunkten aufstellen wollen. Dazu ist ein Abchecken des Erreichens einer notwendigen Internationalität von größter Bedeutung. Dass Qualifikation und Qualifizierung in diesem Zusammenhang eine erstklassige Rolle spielen, weiß jeder, der sich darüber im Klaren ist, dass zukünftig deutsche und insbesondere nordrhein-westfälische Unternehmen ihre Investitionen insbesondere im qualitativen Bereich tätigen müssen, damit sie Veränderungen nicht als Bedrohung, sondern als Herausforderung empfinden und diese auch bewältigen können.

Nun komme ich auf den Mittelstand zu sprechen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine mittelständisch geprägte Wirtschaft. Mir reicht es nicht, Herr Papke, wenn der Mittelstand wie eine Fahne, hinter der eine bestimmte politische Position herläuft, ins Parlament hineingetragen wird. Ich bin vielmehr folgender Auffassung: Mittelstand in Nordrhein-Westfalen heißt mittelständisch geführte Einzelunternehmen, Familienunternehmen, Leute, die sich in großer Verantwortung für ihr Eigentum, für ihre Arbeitsplätze, für ihre Beschäftigten, für ihre Region aufstellen und in einer verantwortlichen Art und Weise Ökonomie und soziale Verantwortung zum Ausdruck bringen. Diese Leute haben es verdient, dass sie in der Wirtschaftspolitik einen hervorragenden Platz wiederfinden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Auf dieser persönlichen Basis und mit dieser Emotionalität gehe ich an das Thema Mittelstand heran. Hier haben wir erhebliche Aufgaben vor uns. Wir müssen dafür sorgen, dass den Leuten, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagen, dieser Schritt erleichtert wird und dass denen alle Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Die Frage darf nicht lauten, wer wem hilft, die Verwaltung dem Gründer oder der Gründer der Kommune, der Region. Diese Frage muss auch bei der Aufgabenverteilung klar beantwortet sein.

Wir brauchen nicht nur eine Gründerkultur, sondern auch eine Kultur der zweiten Chance, wenn Leute einmal gegen die Wand gefahren sind und heute kaum noch eine Chance haben, weiter zu machen.

Wir brauchen ein klares Bekenntnis bei der Finanzierung, damit diese Leute eine Chance haben, ihr Geschäft aufzubauen. Deshalb müssen alle steuerlichen Überlegungen, wie gerade in den

Anfangsjahren mit Gewinnen umgegangen wird, um das Geschäft zu konsolidieren, mit größter Sensibilität angefasst werden.

Des Weiteren brauchen wir landauf landab in unserer Region eine Mentalität, dass niemand mehr denkt, die großen Fabriken und Werke der Vergangenheit würden zukünftig durch japanische oder sonstige Investoren ersetzt. Unsere Chance ist es, kleine mittelständische Betriebe auf eigene Beine zu stellen und dort den Samen für neue Arbeitsplätze zu pflanzen. In diese Richtung müssen wir in Nordrhein-Westfalen gehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich möchte nun noch ein paar Worte zum Thema Ladenschluss sagen. Beim Thema Ladenschluss will ich aus meiner Einstellung überhaupt keinen Hehl machen. Das Ladenschlussgesetz ist eines der Gesetze, das im Wesentlichen mit gesellschaftlichen Veränderungen zusammenhängt. Deshalb ist es nicht in Granit geschlagen. Das sage ich in alle Richtungen.

Es gehört regelmäßig und ohne das jeweils anfallende Tamtam auf den Prüfstand. Es muss überprüft werden, welche Veränderungen in der Gesellschaft eingetreten sind, um zu einer Anpassung zu kommen. Eines der wesentlichen Dinge, das jetzt angepasst wird, und zwar ohne großen Klamauk, ist das Bedürfnis, am Samstagnachmittag länger einkaufen zu können. Diesem Bedürfnis wird jetzt durch entsprechende Regelungen Genüge getan. Die nordrhein-westfälische Landesregierung wird dabei der Bundesregierung den Rücken stärken, diesen Weg zu gehen. Ich halte nichts davon, aus Ladenschluss eine Ideologie zu machen. Am Beispiel Ladenschluss rede ich gerne über Werte in unserer Gesellschaft. Hierzu lade ich jeden ein. Ich halte nichts von jemanden, der mit den Kirchen gerne über den Werteverlust in unserer Gesellschaft redet, der aber dann, wenn es um konkrete Gesetzesvorhaben geht, seinen eigenen Ideologien nachläuft und sagt: Weg mit dem Ladenschluss.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich sehr für die Einlassungen der Opposition, uns auf diesem Weg der Wirtschaftspolitik zu begleiten. Das kann ruhig kritisch geschehen. Wenn die Kritik so ausfällt, wie heute morgen, kann ich gut damit leben. Aber glauben Sie nicht, dass wir auf Kritik nur warten: Wir werden sie auch fordern. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister Schartau. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen zum Teilbereich Wirtschaft und Mittelstand des Einzelplans 08 liegen mir nicht vor.

Wir kommen deshalb zum Teilbereich

b) Verkehr und Energie

Hierzu erteile ich für die CDU-Fraktion dem Kollegen Hardt das Wort.

Heinz Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vor drei Wochen von Ihnen, Herr Ministerpräsident Steinbrück, gehaltene Regierungserklärung zum Themenbereich Verkehr war aus meiner Sicht reine Politlyrik. Der Haushaltsentwurf hat mit der Realität nichts zu tun. Mit diesem Haushaltsentwurf läuten Sie für Nordrhein-Westfalen keine Verkehrswende ein.

Schon fünf Tage nach Ihrer Regierungserklärung kam mit einer neuen globalen Kürzung für das Haushaltsjahr 2003 die Realität über das Land, nämlich weitere Streichungen im investiven Bereich des Verkehrshaushaltes. Keine sechs Tage haben die Vorstellungen gehalten. Ein solch schnelles Verfallsdatum von Ankündigungen hat vor Ihnen, Herr Ministerpräsident, noch keiner Ihrer Amtskollegen geschafft.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich zitiere aus Ihrer Regierungserklärung: "... integrierte Gesamtverkehrsplanung ... für die Sicherung der Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger ..." oder "Wir werden das Management zur Erhaltung unserer Landesstraßen verbessern, um den Zustand des Netzes auf hohem Niveau zu erhalten." - Diese Ankündigungen sind angesichts des Haushaltsentwurfes, Herr Ministerpräsident, wie Schall und Rauch.

Wir leiden im Verkehrshaushalt auch darunter, dass die Investitionsquote des gesamten Haushaltes von der letzten Landtagswahl 2000 bis heute von 9,9 % auf 9,3 % gesunken ist. Dies ist die niedrigste Quote aller Zeiten, die wir für Nordrhein-Westfalen zu vermelden haben. Letztlich sieht Ihre verfehlte Politik hier in Nordrhein-Westfalen aus wie die Politik im Bund.

Dann erklärt der neue Infrastrukturminister Dr. Horstmann im Verkehrsausschuss: Da sich die gesetzlichen Verpflichtungen fast ausschließlich auf den ÖPNV und den Schienenpersonennahverkehr bezögen, müsse leider der Straßenbau für diese neue globale Minderausgabe von

weiteren 25 Millionen € erhalten.- Gleichzeitig stelle ich fest: Wir schieben nicht nur 1 Milliarde € als Investitionsstau für große Projekte im Straßenbau vor uns her, sondern erstmals wird auch der bauliche Zustand der bei uns vorhandenen Straßen immer kritischer gesehen. Das wird also kein Problem der Zukunft, sondern das ist heute bereits Realität.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Die Erhaltungsinvestitionen für unser Land sind gegenüber dem Jahr 2001 um 13 % auf heute 48 Millionen € gesunken. Die Neubaumaßnahmen für unsere Landesstraßen sind gegenüber dem Haushalt 2002 um 13 %, gleich 9,6 Millionen €, gekürzt worden. Der Radwegebau wurde sogar um 33 % gekürzt. Die Zuweisungen an die Gemeinden für Radwegebau und vor allen Dingen für die wichtigen Lärmschutzmaßnahmen wurden um 40 % gekürzt, immerhin von 12,5 auf 7,4 Millionen €.

Das Schlimme an diesen Kürzungen ist, dass gleichzeitig weitere Arbeitsplätze in der Bauindustrie wegfallen.

Hinzu kommt, dass die rot-grüne Bundesregierung unter Schröder für 2003 gegenüber 2002 rund 105 Millionen € weniger an Nordrhein-Westfalen überweist. Gleichzeitig kann die von Schröder und Bodewig so vollmundig für den 1. Januar 2003 versprochene Mautgebühr nicht eingeführt werden. Das wird erst am 1. September 2003 der Fall sein. Durch massive handwerkliche Fehler im Vergabeverfahren beim Bund kommt in Nordrhein-Westfalen das von Ministerpräsident Clement im Wahlkampf so großartig angekündigte Antistauprogramm in 2003 praktisch nicht zum Tragen. Also wieder ein Jahr verтан! So sieht die Wirklichkeit hier in Nordrhein-Westfalen aus.

Aber die Verpflichtungsermächtigungen des Landeshaushalts 2003 werden um eine halbe Milliarde Euro, gleich 171 %, aufgestockt. Ich sage Ihnen: Mit dieser Politik betonieren Sie den Handlungsspielraum für eine gestalterische Zukunft zu.

(Beifall bei der CDU)

Spannend wird es, meine Damen und Herren, wenn man sich der Finanzierung des Metrorapids zuwendet. Für die Zukunftssicherung der Magnetschwebetechnik wurden im Bundeshaushalt 2003 sage und schreibe 34 Millionen € - Sie ver hören sich nicht: 34 Millionen € - zur Verfügung gestellt. Das ist die Wirklichkeit; das haben Schröder und Eichel an Barmitteln für diese Technik im Jahr 2003 zur Verfügung gestellt. Das ist im wahrsten

Sinne des Wortes noch nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Vor einem Jahr wurde mir hier in diesem Hause vom damaligen Ministerpräsidenten gesagt: bis zum 31.12.2001 - das ist ein Jahr her! - steht die komplette Finanzierung für den Metrorapid im Bund wie im Land. Er habe das Wort des Kanzlers. - Wir stellen fest: Bis heute gibt es kein Finanzierungskonzept für den Metrorapid; das liegt noch gar nicht vor. Die Kostenbasis ist kalkulatorisch aus dem Jahre 2000. Die Kostensteigerung der letzten Jahre hat bisher keiner beziffert. Der Metrorapid in Nordrhein-Westfalen steht finanziell auf sehr wackligen Füßen.

Wir sind auf das neue Finanzierungskonzept von Minister Horstmann gespannt. Sollte er die inzwischen eingetretene jährliche Kostensteigerung von drei mal 2 % nicht berücksichtigen - die Kostensteigerung wird zwischen 150 Millionen und 200 Millionen € liegen -, so werden die Finanzierungsmodalitäten ebenso unrealistisch sein wie das Finanzierungskonzept vom Februar 2002 des damaligen Ministers Schwanhold.

Es ist schon interessant: Keiner übernimmt bei diesem Projekt ein Risiko, weder die DB AG, die noch nicht einmal die Anschaffungskosten für die Fahrzeuge des Metrorapid übernimmt, noch die Industrie, wobei die DB AG diese drängt, endlich technische Klarheit darüber herzustellen, ob z. B. die Vorbeifahrt zweier Metrorapidzüge problemlos möglich ist. Die rot-grüne Entschließung des Landtages vom 01.03. schließt ebenfalls ein weiteres Risiko aus.

Nun ist ein Jahr der großen Ankündigungen - der Metrorapid fährt im Jahre 2006 zur Fußballweltmeisterschaft zwischen Düsseldorf und Dortmund - vorbei.

Heute, ein Jahr später, steht fest: Die Politprominenz plant erst einmal eine Silvesterreise nach Shanghai, um bei Tage eine Fahrt mit dem Transrapid zu machen, der technisch nichts mit dem Metrorapid gemeinsam hat. Dieses "Implantat Metrorapid" zwischen Düsseldorf und Dortmund ist angesichts der Finanzierung ein einziger Flop.

Aber wie ist der Stand der Dinge? Die Bundesregierung Schröder versprach Anfang 2002, die Finanzierung mit 1,75 Milliarden € für Nordrhein-Westfalen zu realisieren. Die Realität ist: Im Bundeshaushalt 2003 in Titelgruppe 88 231 lautet der Finanzierungsvorschlag für den Metrorapid: Im Jahre 2004 gibt es die erste Verpflichtungsermächtigung von 200 Millionen €, das Jahr darauf von 300 Millionen € und im Jahr 2006 von 400 Millionen €, den Rest in künftigen Haushalten.

Meine Damen und Herren, das Schärfste ist dann der Haushaltsvermerk auf Vorschlag der Bundesregierung - Zitat -:

"Die Verpflichtungsermächtigung ist gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages."

Das ist die Antwort aus Berlin, und uns will man hier glauben machen, der Bund stände tatkräftig hinter diesem Projekt.

Aber da gibt es noch unseren Landeshaushalt für das Jahr 2003 - man traut seinen Augen nicht: In Kapitel 08 081 Titelgruppe 78 wird eine VE in Höhe von genau 1,75 Milliarden € für den Metrorapid ausgewiesen - gerade die Summe, die der Bund bei der Präsentation der Machbarkeitsstudie für Nordrhein-Westfalen in Aussicht gestellt hat. Wenn also der Bund diese Summe nicht bereitstellen sollte, hilft das Land dem Bund aus der Patsche, obwohl die von Rot-Grün verabschiedete Entschließung vom 01.03.2002 dies ausdrücklich verbietet.

Dies wirft für mich die Frage auf: Schaukeln jetzt hier Finanzpolitiker den Metrorapid auf leisen Sohlen und zulasten des Landes doch noch über die Hürden? - Es wäre unverantwortlich. Ich sage Ihnen: Angesichts der schwierigen Haushaltslage und aus grundsätzlichen Bedenken gegenüber dem Projekt gehen wir den Weg dieser Verpflichtungsermächtigung nicht mit. Wir beantragen die Streichung dieser Verpflichtungsermächtigung, und zwar genau über diese 1,75 Milliarden €, die uns der Bund zur Verfügung stellen soll.

(Beifall bei der CDU)

Ich will hoffen, dass die rot-grüne Koalition bei all der Euphorie in Sachen "Metrorapid" diesen Finanzierungsschritt noch einmal ernsthaft überdenkt. Die volle finanzielle Sicherheit durch das Land Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten - koste es, was es wolle - und vielleicht anstehende Risiken über eine Landesbürgschaft abzusichern wäre ein unverantwortlicher Weg in der Verkehrspolitik für Nordrhein-Westfalen.

Ihre Fehlentscheidungen. Herr Minister Horstmann und Herr Ministerpräsident Steinbrück, werden die Bürgerinnen und Bürger noch bitter bezahlen müssen. Ich glaube, dass uns ziemlich schnell die Realität dergestalt einholen wird, dass dieses Projekt nur noch mit Mitteln des Landes über die Hürden gebracht werden kann. Der Bund steht nicht zu seinen Zusagen von vor einem Jahr, denn die Haushaltslage des Bundes ist ein Stück dieser Realität, und da ist kein Geld für uns

vorhanden. Sie sollten schnellstmöglich dieses "Implantat Metrorapid" einpacken, denn es bringt den Kunden keine verkehrspolitische Verbesserung. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Hardt. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Wirth das Wort.

Gerhard Wirth (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hardt, das, was Sie vorgebracht haben, stand nun wirklich unter dem Motto: Im Westen nichts Neues! Da teile ich die in ihrem letzten Satz enthaltene Auffassung. Sie plakatieren ja etwas anderes, aber das, was Sie hier gebetsmühlenartig immer wieder erklären, entspricht natürlich den Vorstellungen, die Sie uns in den letzten Wochen, Monaten und Jahren zu diesen gesamten Themen immer wieder unterbreitet haben.

Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten, wenn nicht letzte Woche im Ausschuss, aber dann doch sicher heute, ein paar Vorschläge gemacht, wie Sie denn in Nordrhein-Westfalen die Ausgaben anders gestalten wollen. Wir wissen doch alle - Sie genauso gut wie ich, und alle mahnen doch die Ehrlichkeit in der Politik an -, um die miserable Finanzlage des Bundes, der Länder und der Kommunen. Das hat Ursachen. Ich brauche sie Ihnen jetzt nicht aufzuzählen, Sie kennen sie alle.

Gleichwohl bin ich im Grunde genommen damit zufrieden - zwar nicht ganz, das gebe ich gerne zu -, dass der Verkehrsetat in Nordrhein-Westfalen für 2003 immerhin 2,185 Milliarden € ausweist. Das ist nicht wenig Geld, und davon geben wir rund 1 Milliarde € für Investitionen aus, was immerhin eine Quote von 48 % entspricht. Investitionen schaffen nicht nur Arbeitsplätze, sondern sichern Arbeitsplätze. Ich bin zufrieden, dass wir trotz der schwierigen finanziellen Situation des Landes in der Lage sind, so viel zu investieren.

Sie haben den Straßenbau angesprochen. In den letzten Jahren lief das Ganze immer auf beiden Seiten immer nach dem gleichen Stickmuster ab: Die Landesregierung senkt mit ihrem Vorschlag die Mittel für den Neubau - geplant, so Ihre Unterstellung -, die SPD-Fraktion erhöht den Ansatz, lässt sich dann feiern - ebenfalls geplant, so Ihr Kommentar, was Sie das Verfahren als ein abgekartetes Spiel deklarieren lässt. - Dass das kein abgekartetes Spiel war, können Sie an der Ehrlichkeit dieses Haushaltes sehen. Die SPD-Fraktion und ihr Koalitionspartner haben im Aus-

schuss keinen Antrag zur Veränderung dieser Titel gestellt, wohl wissend - das brauchen Sie mir nicht zu sagen, ich habe in den letzten Jahren in der Fraktion jedes Jahr für die Aufstockung des Titels gekämpft -, dass in diesem Jahr überhaupt keine Chance besteht, das Geld einzustellen, weil es uns an allen Ecken und Enden fehlt. Das ist unbefriedigend. Ich hätte lieber im Straßenneubautitel mehr Geld, um mehr Straßen zu bauen.

Aber: Wir haben trotzdem in diesem und im letzten Jahr mit zwei Maßnahmen begonnen, die die teuersten Landesstraßenbaumaßnahmen in Nordrhein-Westfalen sind.

Immerhin werden in Nordrhein-Westfalen 130 Millionen € über eine Sonderfinanzierung - das wissen Sie -, eine private Vorfinanzierung, die letztlich das Land trägt, investiert. Die erste Maßnahme ist Wuppertal. Die zweite Maßnahme ist Plettenberg; dort hat der erste Spatenstich vor wenigen Wochen stattgefunden. Ich bin froh darüber, dass wir die beiden größten Landesstraßenbauprojekte bei den Ortsumgehungen verwirklichen können. Ist das etwa nichts? - Doch. Welche anderen Länder können das denn noch?

(Beifall bei der SPD)

Ich bin stolz und zufrieden, dass wir in diesem Bereich noch investieren können, auch wenn ich mir mehr wünschen würde.

Natürlich brauchen wir mehr Geld für die Unterhaltung der Landesstraßen. Das weiß doch jeder. Aber Geld, das ich nicht habe, kann ich nicht ausgeben. Gleichwohl sind wir in der Lage, die Mittel in diesem Jahr so wie im letzten Jahr zu fahren. Wir haben sie nicht gekürzt. Wir haben hier auch einen Schwerpunkt gesetzt. Mir ist es in diesem Jahr - das sage ich ehrlich, auch wenn es mir wehtut - lieber, die Unterhaltungsmittel kontinuierlich zu fahren, weil in diesem Bereich viel zu tun ist, als den Neubautitel aufzustocken. Das ist schmerzlich, aber das ist nun einmal so, und das muss man der Ehrlichkeit halber auch sagen. Daran lässt sich leider nichts ändern. Trotzdem findet in Nordrhein-Westfalen noch Straßenbau statt.

Gleichwohl bekomme ich Magenschmerzen - das will ich nicht verhehlen -, da ich weiß, dass wir aus dem Verkehrshaushalt aufgrund der Haushaltssituation und der neuerlichen Einsparvorgabe von 1,4 Milliarden € eine globale Minderausgabe von etwa 25 Millionen € erwirtschaften müssen. Das freut mich in keiner Weise. Ich ziehe doch lieber durch das Land und sage den Leuten, was geht, als ihnen sagen zu müssen, was nicht geht. Das kann man uns doch nicht vorwerfen. Da ist

Ehrlichkeit gefragt, und diese Ehrlichkeit erwarte ich auch von der Opposition. Ich erwarte, dass sie Vorschläge macht, wie es denn gehen soll. Wir haben diese Vorschläge unterbreitet; der Haushalt liegt vor, und wir werden ihn so beschließen.

Dass in diesem Lande etwas geschieht, können Sie in anderen Bereichen sehen. Ab dem kommenden Sonntag, dem 15. Dezember, wird die Bahn in Nordrhein-Westfalen für die Kundinnen und Kunden, für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land rund 11 Millionen Zugkilometer mehr fahren. Die Steigerung von 87 Millionen auf 98 Millionen Zugkilometer ist ein dicker Schluck aus der Pulle. Das macht kein anderes Bundesland.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Heinz Hardt [CDU]: Mit demselben Geld!)

- Nein, eben nicht mit demselben Geld. Herr Hardt, wir haben Ihnen die Finanzierung dargelegt. Wenn Sie sie nicht verstehen, kann ich nichts dafür. Ich kenne Ihre Argumentation in den Ausschüssen nach dem Motto: Das glaube ich nicht. - Mit Glauben haben wir es in der Politik aber nicht zu tun, sondern es geht darum, sich die Zahlen anzusehen.

(Heinz Hardt [CDU]: Da sind keine Zahlen!)

Wir haben Ihnen die Finanzierung des ÖPNV und SPNV bis 2005 vorgestellt. Durch diese Investitionen und die Vorleistungen des Integralen Taktfahrplans Stufe 2 kommt man genau auf diese 98 Millionen Zugkilometer.

Darüber hinaus haben wir Ihnen in einem Kuchendiagramm dargestellt, dass ab 2006 auch die Finanzierung und die Fahrleistung des Metrorapid aus Bundesmitteln gesichert ist.

(Heiterkeit und Widerspruch bei der CDU)

- Natürlich. Sie wollen nicht wahrhaben, dass die Fahrleistung des Metrorapid gesichert ist. - Für den Metrorapid haben Sie, Herr Hardt, ungefähr zwei Drittel Ihrer Redezeit verwandt. Das verstehe ich auch. Es ist ja eines Ihrer Lieblingsthemen. Sie beklagen auf der einen Seite die mangelnde Finanzierung des Metrorapid: Ach, das tut mir ja so Leid. Auf der anderen Seite haben Sie von Anfang an gegen die Magnetschwebetechnik in Nordrhein-Westfalen gekämpft.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin auch der festen Überzeugung, dass Sie eine der maßgeblichen Stimmen innerhalb der CDU-Fraktion sind, die beeinflusst hat, dass sich die CDU in Nordrhein-Westfalen in dieser Frage

verrannt hat. Denn anfangs hieß es noch: Wir wollen Magnetschwebetechnik, aber in Holland und nicht im Ruhrgebiet. Heute wollen Sie gar keine Magnetschwebetechnik mehr. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten einmal gesagt, was Sie nun eigentlich wollen. Jetzt bejammern Sie, dass das Fahrzeug in Shanghai endlich fährt, nach meinen Informationen - das können Sie über Internet nachvollziehen - reibungslos, und behaupten: Das ist eine völlig andere Technik. Deshalb sage ich: Erklären Sie mir einmal den Unterschied zwischen Magnetschwebetechnik und Magnetschwebetechnik!

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Das müssen Sie mir einmal erklären; das habe ich nicht richtig verstanden.

Sie bejammern aber auch die Finanzierung in Nordrhein-Westfalen. Nun haben wir in der letzten Ausschusssitzung einen Antrag gestellt, wie viel wir in diesem Jahr für Metrorapidtechnik ausgeben wollen - nicht mehr und nicht weniger. Das haben wir getan, damit Klarheit herrscht, auch mit Blick auf Berlin, damit Berlin weiß, dass wir in Nordrhein-Westfalen die Magnetschwebetechnik anwenden wollen und Berlin seine Zusagen einhalten muss, dieses Geld nach Nordrhein-Westfalen zu transferieren. Sie haben in der Tat Recht, es ist im Haushaltsplan noch nicht enthalten. Der Haushalt des Bundes ist aber noch nicht beschlossen.

Ich gehe davon aus, dass wir Anfang des Jahres im Unterausschuss "Metrorapid" ein Finanzierungskonzept vorgelegt bekommen und der Bund daraufhin die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt. Warten wir es ab!

(Heinz Hardt [CDU]: Der soll 2006 fahren!)

Sie versuchen, im Land billige Polemik zu betreiben. Ich habe Ihnen ein Beispiel dazu mitgebracht: Der eine oder andere CDU-Abgeordnete zieht übers Land und sagt: Die Regionalisierungsmittel gehen alle für den Metrorapid drauf. Demnächst fährt bei uns im ländlichen Raum kein Zug und kein Bus mehr. - Mit dem ITF 2 haben wir Ihnen das Gegenteil bewiesen.

Aber Sie versuchen es in anderen Bereichen. Aktuelles Beispiel ist die Drucksache 13/3274 von Herrn Blömer mit der Überschrift "Lässt der Metrorapid die Stadtbahnlinie 1 in Köln-Weiden entgleisen?" - Das ist doch eine Lachnummer.

(Beifall bei der SPD)

Diese Polemik ist aber typisch für Sie, mit solchen Dingen durchs Land zu gehen. Dann bekommen

Sie die Antwort der Landesregierung, in der steht, dass die Stadt Köln erstens ihre Schularbeiten machen und eine Projektliste bringen muss und dass wir uns dann über die Finanzierung unterhalten wollen.

In der Öffentlichkeit wird also einfach so getan, als ob der Metrorapid schon Geld aus Regionalisierungsmitteln verbrauchen würde und dass deswegen in Köln keine Stadtbahn gebaut wird. Das ist billigste Polemik. Ich glaube, die Bürger merken das langsam und fahren darauf nicht mehr ab.

Ich bin der festen Überzeugung, dass der Metrorapid nicht nur als Verkehrsmittel, sondern auch als Technologieträger für unsere Industrie in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren eines der wichtigsten Projekte ist. Es handelt sich immerhin um ein Investment von über 3 Milliarden €. Das schafft dauerhafte Arbeitsplätze. Sich dem zu verweigern, ist ein Trauerspiel und zeigt, dass für dieses Land keine Verantwortung übernommen wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Wirth. - Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die immer längeren und häufigeren Staus auf den nordrhein-westfälischen Straßen rauben den Bürgern wichtige Stunden ihrer täglichen Arbeits- und Freizeit, bescheren den Unternehmen zusätzliche Kosten, verursachen millionenschwere volkswirtschaftliche Aufwendungen und gefährden den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Die Straße ist und bleibt der Verkehrsträger Nummer eins.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat das täglich größer werdende Stauchaos auf den Autobahnen und Landstraßen zu vertreten, und zwar aufgrund bewusster Unterlassung des Neu-, Aus- und Umbaus von Autobahnen und Landstraßen, bewusster Unterlassung des Baus von Ortsumgehungen sowie bewusster Unterlassung von Erhaltungsinvestitionen und Reparaturen an Landesstraßen. Die Investitionen zum Erhalt und Ausbau des Landesstraßennetzes betragen heute nur noch die Hälfte des Niveaus der 80er-Jahre. Mit anderen Worten: Der Landesstraßenbau ist in Nordrhein-Westfalen völlig unterfinanziert.

Meine Damen und Herren, die Koalition begründete die Verkehrsunterfinanzierung in den ver-

gangenen Jahren und auch in diesem Jahr mit jeweils mangelnden Haushaltsspielräumen. Herr Wirth hat das gerade noch einmal getan. Dass die bedarfsgerechten und notwendigen Anträge der FDP durchaus umsetzbar gewesen wären, zeigt jedoch die aktuelle Finanzpolitik. Zum Sparen gezwungen, entdeckt die Landesregierung auf einmal Spielräume von mehreren Milliarden Euro. Herr Wirth, es geht also sehr wohl.

Zur rechtzeitigen Setzung von bedarfsgerechten und notwendigen Prioritäten für das NRW-Verkehrssystem war die Landesregierung aber nicht in der Lage. Das Verkehrschaos in Nordrhein-Westfalen ist deshalb das Ergebnis aus mangelndem Mut, verfehlten Prioritäten und einer grünen Blockadepolitik.

(Beifall von Marianne Thomann-Stahl [FDP] - Heiterkeit bei der SPD - Marc Jan Eumann [SPD]: Einsamer Beifall Ihrer Geschäftsführerin!)

- Ich erkläre Ihnen das Ganze gleich noch; dann klatschen Sie wahrscheinlich ebenfalls.

Meine Damen und Herren, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur scheitert nicht nur an den zu niedrigen Haushaltsansätzen, sondern vor allen Dingen an den Gegensätzen in der Koalition. Das wäre eher ein Grund zu lachen. In den Bereichen Luftverkehr, Autobahnbau, Umgehungsstraßen und Metrorapid verfolgen Rote und Grüne völlig unterschiedliche Ziele. Diese Gegensätze führen zum Stillstand in der Verkehrspolitik. Meine Damen und Herren, diesen Stillstand kann sich weder die nordrhein-westfälische Verkehrsinfrastruktur noch der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen leisten.

Vor zwölf Monaten habe ich an dieser Stelle von der Opposition in der Koalition in der Verkehrspolitik gesprochen. Im vergangenen Jahr wurde die grüne Blockadepolitik in den von Herrn Hemmer sehr geschickt geführten Verkehrsausschusssitzungen besonders deutlich. Der frühere Verkehrsminister Schwanhold hat diese leidigen Erfahrungen gemacht. Sein Nachfolger, Herr Minister Horstmann, erlebte diesen unseligen Zustand schon in seiner ersten Verkehrsausschusssitzung. Herr Remmel - er ist gerade nicht da - wurde als Aufpasser zur Sitzung des Verkehrsausschusses hinzugezogen, weil es zwischen Grün und Rot nicht mehr lief. Das ist die Wahrheit. So sieht die Blockadepolitik der Grünen aus.

Die Verkehrsprognosen bis 2015 sind beängstigend: 25 % mehr Personen- und 65 % mehr Güterverkehr auf der Straße. Auf den Haupttrassenstrecken in Nordrhein-Westfalen wird dieser bun-

desdeutsche Durchschnitt weit übertroffen werden. Die Staus sollen sich vervierfachen. Auf einem Viertel der Autobahnen in Nordrhein-Westfalen soll es im Jahre 2015 eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 16 km/h geben. Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen steht vor dem Verkehrskollaps. Die FDP will das verhindern.

(Beifall bei der FDP)

Sie hat daher entsprechende Haushaltsanträge gestellt, die ein kräftiger und mutiger Einstieg in die nordrhein-westfälischen Verkehrsprobleme sind. Angemessene Haushaltsansätze für den Straßenbau, intelligente Lösungen - u. a. Cargo-Caps und der freie Zugang zum Schienennetz - und ein Ende der Blockadepolitik sind für Nordrhein-Westfalen absolut notwendig.

Ich werde Ihnen das Ganze an einigen Beispielen darstellen. Zunächst zum Straßenbau: Im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung des früheren Ministerpräsidenten werden sieben Autobahnlückenschlüsse von oberster Priorität genannt. Zitat: "Wir werden für alle diese Projekte das Baurecht ohne jede Verzögerung herstellen." - Was ist denn mit dem Bau und der Baureife? Nichts, aber auch gar nichts - nur unendliche Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die Bürgerinnen und Bürger haben Ihnen geglaubt. Jetzt fühlen sie sich betrogen. Das ist ein Beispiel für die Stau- und Blockadepolitik dieser Koalition.

Die Äußerungen in der Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten sind auch nicht viel besser. Zitat: "Wir werden das Management zur Erhaltung unserer Landesstraßen verbessern, um den Zustand des Netzes auf hohem Niveau zu erhalten." - Herr Ministerpräsident, es liegt nicht am Management. Bei Straßen.NRW und im Verkehrsministerium arbeiten durchaus fähige Leute. Doch ohne Geld können auch diese Mitarbeiter nicht erhalten und bauen.

(Beifall bei der FDP - Manfred Hemmer [SPD]: Sagen Sie einmal, wie es nach Ihrer Meinung gehen soll!)

- Herr Vorsitzender, 1,4 Milliarden wurden in diesem Jahr ganz locker gespart. Man hätte schon in der Vergangenheit jede Menge Geld in die Verkehrspolitik stecken können.

Die Aussage des Ministerpräsidenten, das Landesstraßennetz habe ein hohes Niveau, ist schlicht und einfach falsch. Unser Landesstraßennetz ist in einem katastrophalen Zustand. So schildern es nicht nur die Industrie- und Handelskammern, Verbände und Verkehrswissenschaft-

ler; so erleben es auch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes täglich. Zahlreiche baufällige Brücken können aufgrund fehlender Haushaltsmittel nicht saniert werden. Stattdessen wird die Nutzung eingeschränkt und werden die Brücken für den ÖPNV gesperrt.

Die Haushaltsanträge zum Straßenbau sind in diesem Jahr die Schwerpunkte für die FDP in der Verkehrspolitik: aufgestockt von 125 Millionen € auf 270 Millionen €, zudem einer Befrachtung entnommen, wonach Kommunen selbst entscheiden können, ob sie 130 Millionen € für den ÖPNV oder/und für den Straßenbau ausgeben wollen. Somit können durch diese FDP-Anträge 400 Millionen € in den Straßenbau fließen statt - wie bei Ihnen vorgesehen - 125 Millionen €.

Besonders deutlich wird die Mangelverwaltung des Landes, wenn wir uns ansehen, welche Mittel noch bei den Regionalräten ankommen. Einige von Ihnen sitzen gemeinsam mit mir in der Verkehrskommission im Regionalrat Arnsberg. Unter den Baumaßnahmen unter 3 Millionen € sind 163 Maßnahmen mit einem Volumen von 148 Millionen € im Jahre 2002. Lediglich zwei Maßnahmen davon sollten begonnen werden. Zwei Maßnahmen mit 2 Millionen €! Durch die Haushaltssperre wurde keine einzige von diesen 163 Maßnahmen begonnen. Keine einzige! Das ist ein Armutszeugnis der NRW-Verkehrspolitik.

(Beifall bei FDP und CDU)

Im Jahre 2003 müssten von der Warteliste mindestens 32 Abschnitte mit einem Gesamtvolumen von 28 Millionen € sofort saniert werden, da entweder die Brücken abgängig sind oder die Verkehrssicherheit nicht mehr gegeben ist.

Mit den Haushaltsmitteln, die jetzt vorgesehen sind, können aber erneut nur zwei Maßnahmen begonnen werden. Sollte es dann durch die globale Minderausgabe wieder eine Nullnummer geben, ist das ist eine Kapitulation des neuen NRW-Verkehrsministers vor dem Sanierungstau der NRW-Straßen. Das wäre eine Katastrophe.

Herr Wirth, Sie haben sich hier eben mächtig ins Zeug gelegt und aufgeregt. Damit können aber auch Sie nicht zufrieden sein.

Im Luftverkehr ist die Situation genauso. Hier im Land wird eine Luftverkehrskonzeption beschlossen, und am Tage dieses Beschlusses und anschließend jeden Tag weiter wird dieser einstimmige Beschluss von den Grünen hintergangen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Was?)

Herr Sagel hat eben gesagt, die Opposition rede das Land schlecht. Das ist doch Quatsch. Wir stellen hier lediglich Fakten dar, aber Sie sind einer derjenigen, die mit gespaltener Zunge reden: hier in Düsseldorf so und zu Hause in Münster anders. Und das ist eben keine vernünftige Verkehrspolitik.

(Beifall bei der FDP)

Zum Metrorapid! Die FDP steht nach wie vor zum Metrorapid.

(Bravo!-Rufe von der FDP)

Die CDU hat Anfang März in einem Antrag vorgeschlagen, den Metrorapid auf der Strecke Duisburg - Amsterdam zu verwirklichen. Inzwischen hat sie wahrscheinlich erkannt, dass das mit den vorausgesagten Verkehrsteilnehmerzahlen nicht möglich ist.

(Zurufe von der CDU)

Zudem würde es den Wirtschaftsraum Amsterdam stärken und nicht den Wirtschaftsraum Nordrhein-Westfalen. Wir von der FDP wollen den Wirtschaftsraum Nordrhein-Westfalen stärken. Wenn der Metrorapid schwebt, können wir anschließend noch eine weitere Strecke nach Amsterdam bauen.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Haben Sie schon einmal etwas von Europa gehört?)

Vizepräsident Jan Söffing: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen, Herr Kollege. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Christof Rasche (FDP): Ich komme zum Ende, Herr Präsident.

Allerdings brauchen wir für einen Metrorapid in Nordrhein-Westfalen klare Beschlüsse der Regierungskoalition. Ansonsten wird der Metrorapid niemals schweben, sondern eiern.

Die Verkehrspolitik der Koalition - ich habe es deutlich gemacht - ist in den vergangenen Jahren und in diesem Jahr ein Armutszeugnis. Nordrhein-Westfalen steht bei dieser Politik vor einem Verkehrskollaps. Die FDP will das ändern. Meine Damen und Herren, NRW braucht Tempo. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Rasche. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Eichenseher das Wort.

Peter Eichenseher (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist kein Geheimnis: Auch der Verkehrsbereich bleibt von der stark eingedüsterten Haushaltslage nicht verschont.

Auch im Bereich Verkehr hat sich die Finanzlage dramatisch verschlechtert. Im ersten Halbjahr 2002 kam eine Reihe von Negativfaktoren auf uns zu. Und ich muss sagen: NRW hat relativ spät auf diese aufziehenden Gewitterwolken reagiert. Wer spät bremst, der hinterlässt natürlich besonders harte Spuren.

Wir sehen diese harten Spuren zurzeit. Ein Großteil unstrittiger Verkehrsprojekte im Bereich Bus und Bahn liegen auf Eis. Ich gehe davon aus, dass wir durch einen Strategiewechsel in den nächsten Jahren durchaus wieder Spielraum gewinnen und eine Reihe dieser wichtigen und unverzichtbaren Projekte finanzieren können.

Ich will kurz die fünf wesentlichen Gründe nennen, warum sich die Haushaltslage für Bus und Bahn zurzeit so dramatisch darstellt.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Für die Straßen!)

Erstens. Der Verkehrsminister hat den sehr hohen Stand der Regionalisierungsmittel im Jahr 2001 zur Grundlage der mittelfristigen Finanzprognose genommen. Diese Prognose war zu optimistisch; das müssen wir heute feststellen. Statt der erwarteten 1,15 Milliarden € Regionalisierungsmittel für das Jahr 2003 stehen nur 1,06 Milliarden € zur Verfügung. Das ist eine Differenz von sage und schreibe 90 Millionen €. Das ist ein harter Brocken, und das Schlimme daran ist, dass uns dieser harte Brocken nicht nur im kommenden Jahr trifft, sondern künftig fast jedes Jahr. Darauf muss man reagieren und einige Strategien, insbesondere Verhandlungsstrategien umstellen.

Zweitens. Der integrale Taktfahrplan wurde gerade zu Recht als die große entscheidende Verbesserung im Jahre 2003 angesprochen. Dieser integrale Taktfahrplan ist ein Riesenfortschritt, und wir haben seine Umsetzung uneingeschränkt unterstützt. Allerdings - kleiner Schönheitsfehler - wurde er sehr teuer eingekauft.

Über diese 11 Millionen Zugkilometer hätte man auch anders mit der Bahn AG verhandeln können. Man hätte sagen können: Wenn ihr ein solch großes Zusatzpaket an Leistungen erhaltet und auch bezahlt bekommt, dann müsst ihr einen größeren Rabatt geben. Das ist nicht gelungen. Ich gehe davon aus, dass wir künftig eine stärkere Wettbewerbskomponente im Schienenpersonennahverkehr einbringen und dass wir härter mit der Bahn verhandeln müssen, damit wir nicht jeden Kilome-

ter mit zusätzlich steigenden Preisen bezahlen müssen.

Drittens; ebenfalls zur Bahn AG. Die Bahn AG hat angekündigt - und sie wird es ab dem 1. Januar auch umsetzen -, dass die Trassenpreise auf vielen Nebenstrecken steigen werden. Sie wird uns mit einer Steigerung der Trassenpreise von 10 % und auf manchen Strecken sogar bis 40 % zur Kasse bitten. Das ist kaum verkraftbar; das muss man wirklich sagen. Auch hier brauchen wir dringend Hilfe vom Bund. Langfristig - das sage ich ganz offen - wird es nur gehen, wenn die Bahn das Netz nicht in dieser Form behalten darf. Spätestens wenn sie den Börsengang anstrebt, wird sie auch von sich aus darauf kommen, dass sie mit dem Netz keinen Börsengang wagen kann.

Ich hoffe, dass das Netz wieder in staatliche Verantwortung kommt. Dann wären solche - ich sage es ganz offen - Abzockermentalitäten endlich beendet.

Ich will - viertens - nicht verhehlen, dass es auch einen Grund gibt, den wir selbst zu verantworten haben: die Streichung im Landeshaushalt 2002 von insgesamt 44 Millionen € originärer Landesmittel. Dieser Streichung haben wir bei der letzten Haushaltsverabschiedung unter der Bedingung zugestimmt, dass sie 2003 wieder rückgängig gemacht wird. Wer die Gesamthaushaltslage kennt, weiß, dass das nicht mehr umsetzbar ist. Wir müssen also auch hier mit einer Kürzung dauerhaft leben.

Letzter und fünfter Punkt - auch das wurde heute schon mehrfach angesprochen -: Natürlich hat das Land Mittel für den Metrorapid aufgewendet. Wir sind mit einem Haushaltsansatz von 37 Millionen € für 2002 in Vorleistung getreten. Das Geld geht natürlich zulasten anderer Projekte. Deshalb ziehen wir die ganz klare Konsequenz - ich bin auch froh, dass wir das heute gemeinsam verabschieden -: Es ist dringend notwendig, dass wir keine weiteren unkalkulierbaren Risiken in Bezug auf den Metrorapid eingehen. Es gibt ab dem Jahr 2002 keine weitere Vorfinanzierung. Das heißt, die Verpflichtungsermächtigung, Herr Hardt, die Sie gerne streichen würden, ist gesperrt. Sie ist so lange gesperrt, solange kein Bundesgeld fließt.

(Zuruf von Heinz Hardt [CDU])

Ob der Bund Geld zur Verfügung stellt, wissen wir spätestens im März.

Im Übrigen haben wir auch erreichen können, dass die gegenseitige Deckungsfähigkeit zwischen Regionalisierungsmitteln und Metrorapid-

mitteln aufgehoben wurde. Auch das ist notwendig; denn das wäre ein Einfallstor in manch anderen Bereichen gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es macht, glaube ich, wenig Sinn, sich heute darüber auszulassen, wie das Finanzierungskonzept aussehen wird. Eines ist klar: Es kommt relativ spät; das hat auch die Bundesregierung stark bemängelt. Deswegen steht im Bundeshaushalt kein Baransatz für 2003 und viel zu wenig bis 2006 aus der Sicht des Landes.

Ich bin auch sehr gespannt, wie das Konzept aussehen wird. Wir werden es im Januar gründlich prüfen und dann sicherlich zu einer klaren und schnellen Entscheidung kommen. Eines darf nicht passieren: dass wir die Metrorapid-Entscheidung noch lange aufschieben. Das geht nicht; denn mittlerweile ist im Ruhrgebiet manche Investition zum Stillstand gekommen, weil man nicht weiß: Kommt er, oder kommt er nicht?

Ich will als zweiten Punkt eine wichtige Korrektur im Verkehrsbereich des Haushalts 2003 ansprechen. Es gab über lange Jahre eine Bewilligungspraxis durch die vor der Verwaltungsreform zuständigen Landschaftsverbände. Dort wurde jahrelang bewilligt, ohne dass die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen tatsächlich zur Verfügung standen. Das wird jetzt umgestellt. Diese Korrektur ist fällig, und wir begrüßen das ausdrücklich. Ich hätte mir gewünscht, dass wir auch entsprechende detaillierte Informationen bekommen, um welche Maßnahmen es geht. Es geht um sehr viele Maßnahmen; um über 800, wie ich gelesen habe. Ich nehme an, dass wir im Verkehrsausschuss das nacharbeiten werden, damit der Haushaltsgesetzgeber auch hier im Detail Klarheit bekommt.

Zum Schluss noch ein Wort an die FDP, die etwas geschmälernte Oppositionsfraktion. Wir mussten ja in diesem Jahr millionenfach lesen: „Mut – Klartext – Möllemann“. Mutig sind Sie immer noch; das sehe ich an Ihren Anträgen. 45 Millionen € wollen Sie für einen Flughafen in Westfalen bereitstellen – als verlorenen Zuschuss. Münster/Osnabrück soll nach Ihrem Willen ein Drittel der Investitionskosten bezuschusst bekommen. Das ist sehr mutig.

Zu den beiden anderen Stichworten: „Klartext“ – von „Möllemann“ will ich gar nicht reden. All das ist Ihnen verloren gegangen. Sie können nämlich nicht erklären, woher Sie das Geld nehmen. Das geht Ihnen nicht nur bei der Haushaltsdebatte so. Ich sage ganz klar: Einem solchen Änderungsantrag für den Haushalt können wir grundsätzlich

nicht zustimmen; denn die Flughäfen brauchen zurzeit eine andere Strategie. Sie wissen sehr gut, dass der Luftverkehr seit zwei Jahren in einer ziemlich heftigen Krise ist, und es macht keinen Sinn, die Flughäfen zu Investitionen zu drängen, die sie dann wirtschaftlich nachhaltig belasten und die sie nicht bewältigen können. Von daher muss ich solchen Anträgen der FDP eine klare Absage erteilen. Weiteres Geld für Flughäfen steht im Haushalt nicht zur Verfügung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Eichenseher. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Horstmann das Wort.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Redner der Koalitionsfraktionen, Herr Wirth und Herr Eichenseher, haben ihre Haushaltsreden mit der salvatorischen Einführungsbemerkung begonnen, dass es gut wäre, wenn man mehr Geld zur Verfügung hätte. Ich schließe mich dieser Bemerkung ausdrücklich an. Ich könnte Ihnen verschiedene Verwendungszwecke aufzeigen, in denen im Verkehrshaushalt, aber auch im Energiehaushalt mehr Mittel gut einzusetzen wären.

Gleichwohl müssen wir uns alle klarmachen: Haushaltspolitik ist nicht die Summe des Wünschbaren, sondern sie ist bekanntlich die Kunst des Machbaren. An dieser Kunst haben wir uns versucht, und das - so kann ich wohl sagen - mit einem respektablen Ergebnis.

Manches ist schlicht und einfach unabwendbar wie beispielsweise der Rückgang der durchlaufenden Regionalisierungsmittel des Bundes. In anderen Bereichen muss gestaltet und mit weniger Geld ausgekommen werden. Darum haben wir uns bemüht, und ich vertrete dieses Ergebnis hier ausgesprochen selbstbewusst. Das darf ich Ihnen versichern.

Ich glaube, dass es uns trotz der in manchen Bereichen abnehmenden Mittel gelingt, klarzumachen, was Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen, um damit anzufangen, ist. Wir werden am kommenden Freitag, also übermorgen, in zweiter Lesung die Änderung des Regionalisierungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, unser neues ÖPNV-Gesetz, beraten. Wir werden damit sicherstellen, dass öffentlicher Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen auf hohem Niveau in guter Qualität und wie bisher in maximalem Leistungsumfang stattfinden wird.

Herr Wirth hat darauf hingewiesen, dass wir zum 15. Dezember die zweite Stufe des integralen Taktfahrplans realisieren werden. Dafür wenden wir über 700 Millionen € an Mitteln auf. Die Leistungsausweitung ist beschrieben worden. Ich bestätige sie noch einmal ausdrücklich: Im Schienenpersonennahverkehr in Nordrhein-Westfalen steigt die Leistung von 87 auf fast 99 Millionen Zugkilometer. Wir haben damit das flächenmäßig ungleich größere Bayern hinter uns gelassen. Nordrhein-Westfalen wird damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Bahnland Nummer 1 in Deutschland. Und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ein Wort zum Metrorapid: Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung klargemacht: Nordrhein-Westfalen wird ÖPNV-Vorrangpolitik auch in Zukunft betreiben. Bereits in dieser Legislaturperiode wollen wir Grundlagen und Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine weitere Leistungsausweitung im öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen stattfinden kann.

Der Metrorapid - das ist unsere Absicht - soll in Nordrhein-Westfalen, in der Ballungsregion Rhein-Ruhr, seinen Beitrag dazu leisten, dass die Nahverkehrsleistungen in Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht umgeschichtet werden, sondern weiter ausgebaut werden. Das ist die Absicht, die wir letztendlich verfolgen.

Wir beschäftigen uns mit der Frage der Finanzierung. Darauf ist hier mehrfach hingewiesen worden. Wir reden darüber mit der Deutschen Bahn. Wir sprechen darüber auch mit dem Bundesverkehrsminister. Ich bin gerne bereit, dazu in Kürze ausführlicher Stellung zu nehmen. Aber, Herr Kollege Hardt, es fällt mir Falle der CDU-Fraktion in diesem Hause ein bisschen schwer, so zu verfahren.

Wenn Sie sich damit auseinandersetzen, dass der Kabinettsentwurf zum Bundeshaushalt 2003 Mittel für den Metrorapid noch nicht beinhaltet, dann wäre es durchaus vernünftig, mit Ihnen in eine Debatte über eine vernünftige Finanzierung des Metrorapid einzusteigen. Aber warum soll ich das beginnen, wenn Sie zwei Sätze später sagen, Sie wollen den Metrorapid sowieso nicht?

Herr Kollege Hardt, das, was Sie hier tun, ist nichts anderes als das Vergießen von Krokodilstränen über die noch nicht dargestellte Finanzierung im Bundeshaushalt. Damit können wir aber nichts anfangen. Das ist keine Gesprächsgrundlage. Das dient auch im Übrigen nicht den Interessen dieses Landes.

Herr Kollege Hardt, wir werden beharrlich und sachlich an der Finanzierung des Metrorapid arbeiten. Wir werden eine Verständigung mit der Bahn und mit dem Bundesverkehrsministerium anstreben. Mein Ziel ist es - ich habe dies mehrfach öffentlich gesagt, und ich sage es auch in diesem Hause -, im Frühjahr des kommenden Jahres diese Barmittel im Bundeshaushalt 2003 verankert zu haben, und zwar im Zuge der parlamentarischen Beratungen, die bekanntlich im Frühjahr stattfinden werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedanke mich an der Stelle außerordentlich für die Unterstützung von drei Fraktionen in diesem Hause, die im Verkehrsausschuss des Landtages in der vergangenen Woche ganz klar dargelegt haben, wie sie mit dem Thema umgehen wollen. Es ist gesagt worden, wo Nordrhein-Westfalen bereit ist, in eine Vorfinanzierung für dieses chancenreiche Projekt Metrorapid einzutreten und an welcher Stelle der Punkt beginnt, wo Bundesmittel bar zur Verfügung gestellt werden müssen. Das ist klar und sauber in den Haushaltsvermerken durch die Anträge der Koalitionsfraktionen geregelt.

Drei Fraktionen, Herr Kollege Hardt, nämlich die der Sozialdemokratischen Partei, der Freien Demokratischen Partei und von Bündnis 90/Die Grünen, haben dieses Vorgehen im Verkehrsausschuss des Landtags außerordentlich gebilligt. Ich bedanke mich erneut sehr herzlich für diese Unterstützung und fordere Sie, Herr Kollege Hardt, abermals auf, zu überdenken, ob Ihre Haltung im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen richtig sein kann. Wenn auch Sie den Interessen des Landes dienen wollen, dann dürfen Sie nicht so weitermachen, wie Sie dies bisher getan haben. Dies sage ich in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen sind wir in die Finanzierungsgespräche bereits eingetreten - sowohl mit der Bahn als auch mit dem Bundesverkehrsministerium. Ich stelle meine Absicht offen dar, diese Gespräche bis Januar auch zu einem positiven Ergebnis zu führen. Dafür setze ich mich ein. Ich will die Chance, die der Metrorapid wirtschaftspolitisch und verkehrspolitisch für Nordrhein-Westfalen bietet, mit aller Entschlossenheit, aber auch mit Offenheit und Transparenz im Vorgehen nutzen.

Ein dritter Punkt: Ich bin stolz darauf, dass die Erhaltungsinvestitionen im Landesstraßenbau unter den Konsolidierungszwängen dieses Haushalts nicht gelitten haben, Herr Kollege Hardt. Wir halten die Erhaltungsinvestitionen im Landesstra-

ßenbau auf dem Niveau dieses Haushaltsjahres, wenngleich auch ich zur Kenntnis nehme, dass wir auf der anderen Seite - das ist wohl die unvermeidbare Konsequenz - bei den Neubaumitteln Einsparungen nicht vermeiden konnten. Ich weise allerdings auch darauf hin, dass die globale Minderausgabe, so gut es geht, in Teilen durch eine Verminderung der konsumtiven Ausgaben des Verkehrshaushaltes erbracht und möglichst wenig in den Investitionsetat abgeladen werden soll.

Ich will auch darauf hinweisen, dass die Fördermöglichkeiten im Bereich der rationellen Energieverwendung im Haushaltsjahr 2003 leider etwas geringer ausfallen werden.

Vizepräsident Jan Söffing: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf bitten, etwas ruhiger zu sein, damit der Herr Minister weiter zu Ihnen sprechen kann.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Aber auch hier gilt: Konzentration auf ganz bestimmte und politisch ausgewählte Aktivitäten, nämlich erstens auf die Kraftwerkstechnik, zweitens auf die Brennstoffzelle und den Wasserstoff, drittens auf die Solartechnik und viertens auf Geoenergie und Bioenergie. In diesen Bereichen liegen nach unserer Auffassung die größten technischen und wirtschaftlichen Potenziale, und an denen wollen wir uns ausrichten.

Noch ein Wort zur Steinkohledebatte, die Sie uns von der CDU in diesen Tagen erneut aufnötigen wollen: Wir haben Gott sei Dank am Freitag Gelegenheit, darüber ausführlich zu reden. Aber ich will Ihnen sagen: Herr Rüttgers, was Sie hier tun, ist nichts anderes als die Kopie Ihres Vorgehens beim Thema Metrorapid. Sie führen keine sachliche Debatte in Bezug auf die Steinkohlefinanzierung in der Zukunft.

(Widerspruch bei der CDU)

Nein, Sie fallen mit vorschnellen Ankündigungen einer Politik, die die Interessen dieses Landes in bevorstehenden Verhandlungen - auch mit dem Bund - wahrnehmen will, in den Rücken.

(Erneut Widerspruch bei der CDU)

Das ist das, was Sie tun.

(Beifall bei der SPD)

Es entspricht übrigens Ihrer "Umsicht" beim Umgang mit dem Thema der Gewerbesteuer. Das wäre sogar noch eine dritte Parallele. Das ist aber

heute nicht mein Thema. Ich will das deshalb außer Acht lassen.

(Lachen bei der CDU)

Ich lade Sie ein, zu einer sachlichen Debatte über die Grundlagen der Steinkohlefinanzierung zurückzukehren. Das gilt auch für die mögliche Finanzierung des Metrorapid in Nordrhein-Westfalen. Darüber lohnt das Gespräch. Wenn Sie sich aber im Vorfeld wichtiger Beratungen, die wir mit der Bundesregierung im nächsten Jahr führen müssen, bei beiden Themen so verhalten, wie Sie das in den letzten Tagen und Wochen zum Teil getan haben, dann schaden Sie den Interessen Nordrhein-Westfalens. Das kann nicht im Sinne unseres Landes sein. Das wird die Landesregierung nicht zulassen. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir damit die Beratungen schließen können.

Die Fraktion der CDU hat gemäß § 53 unserer Geschäftsordnung eine **namentliche Abstimmung** zu dem **Änderungsantrag Drucksache 13/3345** beantragt. Nach § 53 Abs. 2 erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufrufen der Namen der jeweiligen Abgeordneten. Ich darf Sie bitten, mit Ja, Nein oder Enthaltung zu antworten. - Frau Kollegin Ley, Sie beginnen bitte mit der Namensnennung.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Ist noch ein Abgeordneter im Saal, der seine Stimme nicht hat abgeben können? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe damit die Abstimmung und bitte, die Stimmen auszuzählen.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Meine Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis** der namentlichen Abstimmung bekannt: Mit Ja stimmten 85 Abgeordnete, mit Nein stimmten 135 Abgeordnete; es gab keine Enthaltung. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 13/3345 abgelehnt**.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den **Einzelplan 08** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3308**. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen

von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 2** auf:

Einzelplan 15: Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

Einzelplan 15 umfasst die Teilbereiche a) Arbeit, Technologie, Qualifikation und Weiterbildung, b) Soziales und c) Migration.

Ich weise hin auf die **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3315**.

Ich eröffne die Beratung zunächst zum Teilbereich

a) Arbeit, Technologie, Qualifikation und Weiterbildung

und erteile Herrn Kollegen Henke für die CDU-Fraktion das Wort.

Rudolf Henke (CDU): Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Arbeitslosigkeit kostet Milliarden. Wie viele Milliarden - das hat vor kurzem das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung berechnet. Es beziffert für 2001 die Summe aus zusätzlichen Ausgaben und entgangenen Einnahmen für den Staat auf über 70 Milliarden €. 23,4 Milliarden € entfallen auf die neuen, 47 Milliarden € auf die alten Bundesländer. Allein der Betrag für Nordrhein-Westfalen liegt bei rund 15 Milliarden €.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Auf jeden einzelnen Menschen in der Arbeitslosigkeit entfällt dann auch ein berechenbarer Betrag, der sich aus zusätzlichen Aufwendungen des Staates, der direkten Arbeitslosenunterstützung, den staatlich aufgebrachten Beiträgen für Sozialversicherungen, Leistungen der Sozialhilfe, Wohngeld und auf der Einnahmenseite entgangenen Steuereinnahmen, entgangenen Einzahlungen in die Rentenversicherung, entgangenen Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung und weiteren Mindereinnahmen etwa bei der Bundesanstalt für Arbeit zusammensetzt.

Wie kaum eine andere Ursache trägt die Arbeitslosigkeit in besonderem Maße dazu bei, Probleme in der sozialen Sicherung der Menschen zu verschärfen. Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft produzieren Einnahmeausfälle in dreistelliger Milliardenhöhe. Nordrhein-Westfalen trägt durch besonders hohe Arbeitslosigkeit und besonders niedriges Wachstum besonders negativ zu dieser Situation bei.

Die handwerklichen Fehler der letzten Steuerreform haben die staatlichen und kommunalen Haushalte massiv belastet. Die soziale Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen ist bedroht. Vielerorts gibt es einen gewaltigen Problem- und, auch nicht zu vergessen, Investitionsstau. NRW braucht einen Neubeginn, damit wir mit der Problemflut fertig werden, die die Bereiche Arbeit, Gesundheit und Soziales zu überschwemmen droht.

Als wir im vorigen Jahr, 2001, an dieser Stelle über den Haushalt im Bereich Arbeit diskutiert haben, taten wir das vor dem Hintergrund einer erschreckend hohen Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote betrug damals 8,8 %. Die CDU-Landtagsfraktion hat diese damalige Quote von 8,8 % als ein einziges Alarmsignal bewertet. Das entsprach rund 777.000 arbeitslosen Menschen. Im Stillen haben die meisten in diesem Parlament unsere Bewertung geteilt.

Heute beträgt die Arbeitslosenquote 9,3 %. Heute sind in Nordrhein-Westfalen 820.000 Menschen arbeitslos. Diese Zahlen lägen noch deutlich höher, wenn die Arbeitsämter nicht all jene bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten Menschen im Alter von über 58 Jahren aus der Statistik herausrechnen würden, die erklärt haben, sie würden keine Arbeitsstelle mehr suchen.

Diese Zahlen sind ein deutlicher Beleg für die falsche Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung und - das muss man dazusagen - der rot-grünen Bundesregierung in Berlin. Nun möchte ich nicht sagen, Herr Minister Schartau, dass Sie die Hauptverantwortung für diese Arbeitsmarktkatastrophe in Nordrhein-Westfalen tragen. Sie stellen zwar ein Element der Kontinuität, aber in dem ganzen Räderwerk auch nur ein Rädchen in der insgesamt verfehlten Arbeits- und Wirtschaftspolitik der Regierungen Clement und Steinbrück dar.

Die Hauptverantwortung für die Arbeitsmarktkatastrophe liegt bei den Regierungschefs in Bund und Land, hier in Nordrhein-Westfalen bei den Ministerpräsidenten. Aber Sie, Herr Minister Schartau, stehen zumindest in der Mitverantwortung einer Politik, die Sie mittragen, die Sie mit legitimieren und die Sie als SPD-Landesvorsitzender vor aller berechtigten Kritik auch aus Ihrer eigenen Partei schützen.

Sie, Herr Minister Schartau, stehen geradeso wie Ihr früherer Amtsbruder als Finanzminister und jetziger Ministerpräsident Steinbrück in der Kontinuität einer gemeinsamen mit dem früheren Ministerpräsidenten Clement betriebenen Politik. Uns ist schleierhaft geblieben, wie der Kollege Clement in Kenntnis der von ihm hinterlassenen ka-